



Protokoll

5. Sitzung des Gemeinderates Montag, 3. November 2014, 19:00 Uhr, Gemeinderatssaal, Stadthaus Doppelsitzung

TRAKTANDEN

- 1 Mitteilungen
- 2 Protokollabnahme
- 3 Antrag des Stadtrates betreffend Weiterführung «Familienzentrum Uster»
(Antrag Nr. 11/2014)
- 4 Antrag des Stadtrates betreffend Energie Uster AG / Geschäftsbericht 2013
(Antrag Nr. 13/2014)
- 5 Postulat 506 von Paul Stopper und Werner Kessler betreffend
«Verwirklichung der Fuss- und Radwegverbindung Post-/Gerichtsstrasse - Gotthardweg
(Stadthaus) »
- 6 Motion 512 von Ursula Räublin und Wolfgang Harder betreffend
«Umsetzung des Öffentlichkeitsprinzips in Uster»
- 7 Bericht und Antrag des Stadtrates auf die Motion 590 des Ratsmitglieds Marius Weder
betreffend «Die Eigentümerstrategie der Energie Uster AG ist dem Gemeinderat vorzulegen»
- 8 Bericht und Antrag des Stadtrates auf die Motion 592 von Cla Famos und Hans Keel
betreffend «Sinnvolle Parkierungsverordnung für Uster»
- 9 Bericht und Antrag des Stadtrates auf das Postulat 600 von Silvio Foiera und Hilda
Schelldorfer betreffend «Einsatz von Wasserstoff getriebenen Personenbussen und
Kommunalfahrzeugen»

Präsenz

Vorsitz	Walter Meier, Präsident
Protokoll	Catherine Wenzel, Parlamentssekretärin
Anwesend	35 Ratsmitglieder (inkl. Präsident)
Stadtrat	Werner Egli, Stadtpräsident Cla Famos, Abteilungsvorsteher Finanzen Thomas Kübler, Abteilungsvorsteher Bau Patricia Bernet, Abteilungsvorsteherin Bildung Barbara Thalmann Stammbach, Abteilungsvorsteherin Soziales Jean-François Rossier, Abteilungsvorsteher Sicherheit Esther Rickenbacher, Abteilungsvorsteherin Gesundheit Hansjörg Baumberger, Stadtschreiber
Entschuldigt	Walter Strucken
Presse	Christian Brüttsch, AvU

Der Präsident begrüsst alle Anwesenden.

Es erfolgt der Namensaufruf durch die Parlamentssekretärin.

Änderung Traktandenliste/Tagesordnung

Es wird keine Änderung der Traktandenliste verlangt.

Persönliche Erklärungen:

Claudia Wyssen

Persönliche Erklärung zum Spielmobil

Der Stadtrat hat sich entschieden, dass das Angebot des Spielmobils fürs nächste Jahr eingestellt werden soll. Offenbar soll die Sparschraube bei denen angesetzt werden, die noch nicht so richtig sprechen können...

Und offenbar verbringt der Stadtrat die Zeit der Sommerferien kaum in Uster. Gerade Eltern mit Kleinkindern verbringen aber die Schulferien oft in Uster, denn sie verreisen vorher oder nachher. Zudem können es sich auch nicht alle Eltern leisten mit ihren Schulkindern im Sommer fünf Wochen in Amerika zu verbringen oder drei Wochen auf Safari zu gehen. Und für alle Daheimgebliebenen ist das Spielmobil ein unglaublich beliebtes Angebot!

Und auch wenn heute Abend hoffentlich der Beitrag zum Familienzentrum gesprochen wird, muss erwähnt werden, dass das Spielmobil gerade zum Familienzentrum eine ideale Ergänzung darstellt, denn dessen Betrieb ist in den Schulferien oft eingeschränkt.

Ich bin gespannt, wer sich wirklich für junge Familien einsetzt und eine Weiterführung des Spielmobils unterstützt.

Persönliche Erklärung Elternbriefe

Die Antwort des Stadtrates auf die Anfrage von Mary Rauber ist für mich als Hebamme eine Enttäuschung. Ich kann nachvollziehen, dass sich die Stadt mässig begeistert darüber zeigt, dass sich der Kanton an den verschiedensten Ecken und Enden zurückzieht.

Mit Sicherheit ist es so, dass es zu jedem Kinder betreffenden Thema ein entsprechendes Buch gibt. Und auch im Internet kann zu jederzeit alles Mögliche nachgeschlagen werden. Und trotzdem! Erstens kommt eine Mutter selten dazu, ein ganzes Buch zu lesen. Weil sie eben ein ständig beim Lesen störendes Kind hat. Und auch das Surfen im Internet ist nicht mehr ganz so einfach, wenn ein Kind die Tastatur betätigt...

Ich kann Ihnen jedoch sagen, dass ich selbst als Hebamme, jeden Monat erfreut war, die Elternbriefe zu erhalten und ich sehr viele, äusserst wertvolle Informationen daraus erhalten habe.

Zudem ist es ja wohl ein Witz, wenn sie in ihrer Antwort schreiben, dass in Uster durchschnittlich jedes Jahr 185 Erstgeborene zur Welt kommen und deren Eltern alle die Elternbriefe in der Bibliothek ausleihen können... Da muss man nicht ausgezeichnet rechnen können, um festzustellen, dass dies schwierig werden dürfte.

Geschätzt habe ich an den Elternbriefen auch gerade, dass ICH nicht im ganzen Erstes-Kind-Elend auch noch den Infos nachrennen musste...

Ich spreche im Namen aller Hebammen in Uster, wenn ich mein Bedauern über die Einstellung des Versandes der Elternbriefe ausdrücke!

Claudia Wyssen

Ivo Koller

Persönliche Erklärung – Mehrwegbecher-Konzept Uster Märt

Sehr geehrter Herr Präsident,

geschätzte Kolleginnen und Kollegen

Was sich der Stadtrat und die Verwaltung im Zusammenhang mit dem Mehrwegbecher-Konzept am Uster Märt geleistet hat, ist alles andere als ein Ruhmesblatt. Ohne die Standbetreiber auch nur im Geringsten in ihr Vorhaben mit einzubinden, wollten Sie ein Konzept durchzwängen, welches leider in keiner Form durchdacht war und nicht zum Uster Märt passte.

Vieles lief schief: So war zum Beispiel der Glühwein-Becher so schlecht isoliert, dass man sich wohl die Finger verbrennt hätte. Kafi Fertig, Longdrinks oder Shots hätte es aufgrund fehlendem Becheringebot nicht mehr geben dürfen. Und der sowieso schon überteuerte Becher Anbieter wollte an beiden Tagen um 2300 Uhr Feierabend machen, weil er nicht wusste, dass am Uster Märt Freinacht ist.

Mit dem vorgelegten Becherkonzept hätte man dem Uster Märt einen Bärendienst erwiesen. Es ist in höchstem Masse bedenklich, wie gleichgültig und sorglos der Stadtrat mit den zwei heiligsten Tagen im Jahr umzugehen gedachte.

Das Fass endgültig zum Überlaufen brachte jedoch die Dreistigkeit den grössten Abfallverursacher am Uster Märt, den Märtbalken, von der Mehrwegbecher-Pflicht zu entbinden und bevorzugt zu behandeln. Diese Ungleichbehandlung liess den Kragen der Standbetreiber endgültig platzen und der Stadtrat schaufelte damit seinem eigenen Konzept gleich selber das Grab.

In einem Punkt zeigte der Stadtrat jedoch einen Funken Weisheit. Er hatte die Grösse, das Konzept ohne grossen Widerstand sterben zu lassen. Ein chaotischer Märt mit frustrierten Standbetreibern aber auch unzufriedenen Märtbesuchern bleibt uns zum Glück somit erspart.

Doch so erfreulich das Ende ist, die ganze Fehlleistung wird den Steuerzahler auch etwas kosten. Der Becher Anbieter wird seine bisherige Arbeit in Rechnung stellen, im schlimmsten Fall bestanden bereits Verträge und zuletzt sei auch die Verwaltung erwähnt, welche mit dem Konzept unzählige Stunden beübt wurde.

Trotz allem, ich wünsche Ihnen allen jetzt schon einen schönen Uster Märt.

Ivo Koller

Fraktionserklärungen:

Markus Wanner

Kein Durchsetzungswille bei Mehrwegbecher am Uster Märt

Wir sind mehr als überrascht, dass der Stadtrat seinen Beschluss, am Uster Märt Mehrwegbecher einzuführen, widerruft. Was ist da genau passiert?

Im letzten Jahr hat der Stadtrat beschlossen, am Uster Märt 2014 Mehrwegbecher einzusetzen. Mehrwegbecher an einem Grossanlass ist nicht etwas sensationell Neues. Mit dem neuen Konzept kann der Abfall deutlich reduziert werden. Bereits 2012 waren Mehrwegbecher ein Thema. Damals hiess es, dass die Stadt Uster bei sämtlichen Veranstaltungen den Umweltschutz gross schreibt, und dass der Stadtrat ein Konzept prüfe. Zwei Jahre später stehen wir vor einem Scherbenhaufen. Ein Scherbenhaufen ist nicht ganz das richtige Wort, vielmehr ist es ein riesiger Plastikhaufen

Wir verstehen nicht, dass der Stadtrat so schnell seine Meinung ändert. Dass die Standbetreiber dem Stadtrat nicht applaudieren, wenn dieser Mehrwegbecher einführt, ist ja wohl klar. Das war an anderen Veranstaltungen auch so. Auch dort formierte sich Widerstand, trotzdem hielt man am Konzept fest, und heute ist das überhaupt kein Thema mehr.

Ist denn der Uster Märt so viel anders als andere Veranstaltungen? Nein, auch an anderen Orten kommen mehrere zehntausend Leute an den Anlasse. Auch an anderen Orten wird es zu Spitzenzeiten sehr eng auf der Strasse. Das alleine ist nicht der Grund.

Die Hauptkritik der Gegner war vielmehr, dass der Märt Balken, einer der grössten Getränkeverkäufer, vom Mehrwegbecherkonzept ausgenommen wurde. Auch da kam der Stadtrat den Betreibern sehr schnell entgegen. Und das ärgert zu recht all die anderen Standbetreiber. Und wenn dann genau in diesem Markt Balken, der vom Konzept ausgenommen wird, auch noch ein Essen der Verwaltung der Behörde stattfindet, bringt das das Fass zum überlaufen.

Der Stadtrat hat diese Situation total falsch eingeschätzt. Anders ist es nicht zu erklären, dass an der Infoveranstaltung an die Standbetreiber über die Einführung der Mehrwegbecher kein einziges Mitglied des Stadtrats anwesend war. Das hat man lieber der Verwaltung überlassen. Aber genau bei solchen Themen muss der Stadtrat die Führung übernehmen und präsent sein.

In der Medienmitteilung wird mit keinem Wort erwähnt, wie es weiter geht. Ist das Thema Mehrwegbecher für längere Zeit gestorben? Oder wird er nächstes Jahr durchgeführt? Da hätten wir gerne eine Antwort. Und in Zukunft vom Stadtrat mehr Mut, etwas durchzusetzen, auch wenn das nicht allen passt. Klar ist im Moment nur, dass am nächsten Uster Märt hunderttausende Plastikbecher im Abfall landen.

Ursula Räuftlin

*Sehr geehrter Herr Präsident,
geschätzte Ratskolleginnen und Ratskollegen
geschätzte Anwesende*

Im Februar dieses Jahres war unsere Fraktion wohl etwas zu zuversichtlich, als sie das Postulat von Jürg Gösken und Ursula Räuftlin betreffend Spielplätze in Uster mit lobenden Worten als erledigt abschrieb.

Im Rahmen des Unterhaltsbudgets der Abteilung Bau stehen zurzeit jährlich CHF 40'000 für Unterhalt, Reparatur, Anpassungen und Erneuerungen zur Verfügung. Dass damit grössere Erneuerungen oder Neugestaltungen in ganz kleinen Etappen erfolgen müssen, konnte nun am Spielplatz Rebenweg bestens beobachtet werden. Im Winter 2010/2011 wurden die Spielgeräte entfernt und an einer Erneuerung des Spielplatzes rumgeplant. Nach der ersten Etappe Ende 2012 wurde nun eine zweite Etappe, die uns noch für vor den Sommerferien versprochen wurde, jetzt im Oktober 2014 fertiggestellt. Vom ursprünglich präsentierten Plan fehlen aber immer noch der Wasserbereich und der Sonnenschutz. Vermutlich wird diese letzte Etappe dann irgendwann 2016 oder 17 realisiert.

*Versprochen hat man uns in der Postulatsantwort auch, die vorhandene Übersicht über die Spielplätze in Uster für die Öffentlichkeit zu verbessern und die Internetseite im ersten Halbjahr 2014 zu aktualisieren. Zudem sollte die Öffentlichkeit mit geeigneten Massnahmen auf diese Informationsquelle sowie weitere Angebote für Kinder und Jugendliche aufmerksam gemacht werden. Die Informationen zu den Spielplätzen sollten auch im geographischen Informationssystem der Stadt Uster aufgenommen werden. Man beachte bitte in diesen Formulierungen der Postulatsantwort die Häufigkeit des Wortes **Öffentlichkeit**.*

Wenn man heute auf der Homepage der Stadt Uster zur Rubrik „Kinder und Jugendliche“ geht, steht dort folgendes geschrieben: Uster ist eine junge, schnell wachsende Stadt. Hier wohnen viele Kinder und Jugendliche. Die Stadt anerkennt die Förderung von Kinder- und Jugendanliegen als eine ihrer Hauptaufgaben.

Einfach nur dieser kurze Zweizeiler. Ein Link oder Hinweis auf die Spielplätze in Uster fehlt gänzlich. Die Seite www.spielplaetze-uster.ch existiert zwar weiterhin, wurde aber weder aktualisiert, noch ist sie als Link auf der Homepage der Stadt Uster aufgeführt.

*Uns bleibt nichts übrig, als unsere Enttäuschung über die Art und Weise des Unterhalts der Spielplätze **öffentlich** kund zu tun. Unsere Fraktion bleibt dran am Thema Spielplätze.*

Nach dieser traurigen Geschichte mit den Spielplätzen in Uster und wenn ich das aktuelle Budget 2015 der Stadt betrachte, die das Angebot des Spielmobils streichen will, ziehe ich ernsthaft in Betracht, ob es nicht an der Zeit wäre, das Postulat „Kinderfreundliche Gemeinde“ nochmals einzureichen.

*Ursula Räuftlin
Gemeinderätin Grünliberale*

1 Mitteilungen

Der Vorsitzende verweist auf die Aktenaufgabe.

Die Feuerwehr Uster hat die Gemeinderätinnen und Gemeinderäte eingeladen, an den Samstagsübungen vom 1. November bzw. vom 15. November 2014 teilzunehmen. Am 1. November nahm ein Gemeinderat teil. Der Vorsitzende hofft, dass am 15. November 2014 auch wieder mindestens eine Person aus dem Gemeinderat teilnimmt.

Die Geschäftsleitungssitzung vom 11. November 2014 fällt aus. Die beiden pendenten Traktanden werden auf dem Zirkularweg behandelt.

2 Protokollabnahme

Das Protokoll der 4. Sitzung des Gemeinderates vom 22. September 2014 ist rechtzeitig aufgelegt. Beanstandungen sind keine eingegangen. Das Protokoll gilt im Sinne von Art. 53 Abs. 4 der Geschäftsordnung als genehmigt.

3 Antrag des Stadtrates betreffend Weiterführung «Familienzentrum Uster» (Antrag Nr. 11/2014)

Für die Kommission Bildung und Kultur referiert **Claudia Wyssen**.

*Geschätzter Herr Präsident
Sehr geehrte Anwesende*

Der Stadtrat beantragt dem Gemeinderat für die Weiterführung des „Familienzentrums Uster“ einen jährlich wiederkehrenden Beitrag von 80'000 Franken zu bewilligen. Die Stadt Uster soll die Räumlichkeiten des jetzigen Familienzentrums mieten und stellt diese einer Trägerschaft zur Betriebsführung zur Verfügung. Über geeignete Kontrakte soll die strategische und fachliche Führung des Familienzentrums sichergestellt werden.

Das Familienzentrum Uster wurde im Jahr 1991 gegründet. Bis im Juni 2014 lag die Verantwortung beim Kanton. 2012 teilte dieser der Stadt Uster mit, dass er die Führung von Familienzentren nicht mehr als seine Aufgabe ansieht und eine allfällige Weiterführung den Gemeinden überlässt. Allerdings schuf er ein Förderinstrument für Familienzentren mit dem bis zu 33% der Gesamtkosten übernommen werden. Anfangs dieses Jahres sprach der Stadtrat die finanziellen Mittel für eine provisorische Weiterführung bis Ende 2014. Nun soll der Betrieb an einen Trägerverein übertragen werden. Es ist geplant, eine Betriebsleitung mit 30 Stellenprozenten anzustellen, welche für die operative Führung verantwortlich ist.

Das Familienzentrum Uster ist ein zentraler Begegnungs- und Bildungsort für junge Familien mit Kleinkindern. Es wird zur Zeit von insgesamt 23 Nutzungsgruppen genutzt. Die Räume für die kantonalen Angebote werden weiterhin vom Kanton gemietet. Hervorzuheben ist der grosse Anteil der Freiwilligenarbeit, der im Familienzentrum Uster geleistet wird.

Der Aufwand für das gesamte Familienzentrum beträgt 160'000 Franken und beinhaltet die Miet- und Nebenkosten, den Personalaufwand und weitere kleinere anfallende Kosten. Der Ertrag setzt sich aus den Kostenbeteiligungen der Stadt Uster, 80'000 Franken, des Kantons Zürich, 46'000 Franken, sowie Mieteinnahmen im Umfang von 34'000 Franken zusammen.

Bedeutend ist, dass es mit dem Familienzentrum möglich ist, die verschiedensten Angebote konzentriert an einem Ort anzubieten. Dies setzt die Schwelle zur Nutzung tiefer.

Ab dem 1. Januar 2015 soll das Familienzentrum von einem Trägerverein geführt werden. Dieser soll einzig auf die Umsetzung des Vereinszwecks fokussiert sein. Die Stadt Uster muss – statuarisch festgeschrieben – darin vertreten sein. Zudem sollen die Nutzungsgruppen und externe Fachpersonen den Vorstand bilden. Der Vorstand kümmert sich um die strategische Ausrichtung des Familienzentrums im Sinne des städtischen Auftrages und delegiert die operative Führung an die angestellte Betriebsleitung.

Die Liegenschaft an der Zentralstrasse 32 kann von der Stadt Uster weiter zu ähnlichen Konditionen wie bisher vom Kanton gemietet werden. Dass die Liegenschaft direkt von der Stadt Uster gemietet wird, ist eine Bedingung. Die bisherige Raumaufteilung soll beibehalten werden.

Die Kommission für Bildung und Kultur hat das vorliegende Geschäft in ihrer Sitzung vom 29. September 2014 beraten.

Den Verantwortlichen aus dem Geschäftsfeld Kultur schien die Variante mit dem Trägerverein sinnvoll, da damit die Nutzer und Betreiber besser eingebunden werden können. Zudem entsteht somit die Möglichkeit, Drittmittel zu generieren.

In der KBK wurde der Verdacht geäussert, dass der Antrag falsch formuliert worden ist, weil ein Beitrag von 80'000 Franken beantragt wird, die Miete jedoch 100'00 Franken beträgt. Die KBK

entschied jedoch, den Antrag trotzdem bereits an dieser Sitzung zu Ende zu beraten und darüber abzustimmen. Die Fragen, die sich aus der Mietdifferenz ergeben haben, sollen bis zur RPK-Sitzung geklärt werden.

Es wurde nachgefragt, weshalb die Variante Trägerverein gewählt worden ist. Ein Trägerverein sei eine schlanke Form der strategischen Führung, zudem bestehe so die Möglichkeit, dass Drittmittel generiert werden könnten, z. B. via Sponsoring.

Die externen Experten werden voraussichtlich mit Sitzungsgeldern entschädigt.

Weiter wird nachgefragt, wie die Nachfolge der kantonalen Familienzentren in anderen Städten gelöst wurde. Hierauf wurde geantwortet, dass zum Beispiel Volketswil und Dübendorf die Familienzentren in die städtischen Strukturen aufgenommen haben und als Stadt weiterführen.

Die Kommission für Bildung und Kultur stimmt dem Antrag 11 des Stadtrates betreffend Weiterführung des „Familienzentrums Uster“ einstimmig zu.

Claudia Wyssen, Präsidentin KBK

Für die Rechnungsprüfungskommission referiert **Markus Ehrensperger**.

*Sehr geehrter Herr Präsident
Geschätzte Anwesende*

Die RPK hat den obigen Antrag an der Sitzung vom 27. Oktober 2014 geprüft. Materiell ist die Unterstützung des Familienzentrums nicht infrage gestellt und geniesst Zustimmung. Hingegen entstand eine Diskussion um den Antrag an sich. Dieser ist einerseits etwas verwirlich dargestellt, mit einem Mix aus den Sichtweisen des neuen Vereins und des Stadtrates. Es stellte sich zudem die Frage, was denn genau Gegenstand des Antrages ist. Müsste nicht auch der Betrag für die Miete im Antrag enthalten sein, da ja offenbar die Stadt den Mietvertrag unterzeichnen muss.

Schlussendlich hat sich die RPK auf den Charakter der Ausgaben abgestützt. Im Vordergrund steht der Unterstützungsbeitrag an den Verein, und nicht eine Mietzinszahlung mit Rückforderungen, Umbuchungen und Verrechnungen. Um den Sachverhalt etwas klarer zu formulieren, stellt die RPK einen Abänderungsantrag, den Sie als Tischvorlage finden.

Disposition 2 des Antrages soll wie folgt ergänzt werden: „Der Stadtrat erhält die Kompetenz, für die in diesem Zusammenhang anfallenden Mietkosten aufzukommen.“ Der Abänderungsantrag wurde mit 7:1, der geänderte Gesamtantrag mit 8:0 angenommen..

Dem neuen Verein wünscht die RPK viel Erfolg und dankt für das Engagement.

Der Stadtrat wünscht nicht das Wort.

Marianne Siegrist

*Sehr geehrter Herr Präsident
Geschätzte Anwesende*

Grundsätzlich steht die FDP neuen Leistungen, die mit Mehrausgaben verbunden sind, sehr skeptisch gegenüber. Einmal mehr wird nun aber eine Leistung vom Kanton an die Gemeinde weitergegeben; nämlich das Familienzentrum Uster.

Die FDP ist von der Institution Familienzentrum überzeugt. Ein zentraler Begegnungs- und Bildungsort für junge Familien ist in Uster sehr wichtig. Nicht zuletzt deshalb, weil die Geburtenrate und der Neuzuzug von Familien in Uster sehr hoch ist. Solche Begegnungsorte für junge Familien

fördern die Integration in eine Stadt erheblich. Gleichgesinnte können sich unkompliziert kennen lernen. Kleine Kinder können in diesem Zentrum erste soziale Erfahrungen mit Gleichaltrigen machen. Das Funktionieren dieses Zentrums wird durch Freiwilligenarbeit sichergestellt. An dieser Stelle herzlichen Dank an die Vereinsfrauen für ihr Engagement.

Neu soll das Familienzentrum von einem Trägerverein geführt werden, welcher für die Betriebsführung verantwortlich ist. Diese Form unterstützen wir. Und wir wünschen uns, dass die Benutzer genügend Gehör und Mitsprache für ihre Anliegen haben werden.

Noch eine Bemerkung zum Mietobjekt: Die FDP ist enttäuscht, dass der Stadtrat keine Lösung in einer gemeindeeigenen Liegenschaft gefunden hat. Unserer Meinung nach wäre das Frijz, welches bekanntlich immer weniger von Jugendlichen frequentiert wird, geeignet gewesen. Wir erwarten vom SR, längerfristig eine Lösung in einer gemeindeeigenen Liegenschaft für das Familienzentrum zu suchen. Damit könnten die Mietkosten gesenkt werden.

Heute sagen wir Ja zum jährlich wiederkehrenden Kredit von 80'000 Franken für das „Familienzentrum Uster“.

Für die FDP: Marianne Siegrist

Ivo Koller

*Sehr geehrter Herr Präsident,
geschätzte Kolleginnen und Kollegen*

Unsere Fraktion unterstützt diesen Antrag mit gutem Gewissen und ohne Wenn und Aber. Uster kann es sich definitiv nicht leisten, einen Betrieb zu gefährden, welcher in grossem Umfang auf Freiwilligenarbeit basiert und als Begegnungs- und Bildungsort gleichermassen beliebt ist. Aus eigener Erfahrung weiss ich, dass man auch als Papi im Mütterzentrum herzlich willkommen ist und man meistens den Rat erhält, den man auch sucht.

Wo unsere Fraktion noch ein Fragezeichen sieht, ist bezüglich der Ausgestaltung des Mietvertrages. Es ist offensichtlich noch unklar, wie die Details dazu aussehen. Wir plädieren dafür, dass kein langjähriger Mietvertrag abgeschlossen wird und dass dieser mit einer angemessenen Kündigungsfrist ausgestattet ist.

Wie es die Adresse des Familienzentrums erahnen lässt, ist das Gebäude zwar ziemlich zentral gelegen, dafür besticht es jedoch nicht gerade durch seine einladende und offene Gebäudestruktur. Würde man heute ein neues Familienzentrum bauen, würde das Gebäude sicherlich ziemlich anders aussehen. Hauptkritikpunkt ist jedoch nicht das Gebäude, sondern der fehlende Aussenraum. Weil ein Aussenspielplatz fehlt, haben praktisch alle Kinderaktivitäten im Gebäudeinnern stattzufinden. Unsere Fraktion ist der Überzeugung, dass es in Uster bessere und geeignetere Gebäude für ein Familien- resp. Mütterzentrum gibt. Deshalb hat unsere Fraktion heute ein Postulat eingereicht, welches prüfen soll, in welcher städtischer Liegenschaft das Müze oder das ganze Familienzentrum untergebracht werden könnte. Sowohl die Untere Farb als auch die Villa am Aabach haben aus unserer Sicht Potential.

Mangelnde Kinderfreundlichkeit am heutigen Standort und finanzielle Überlegungen sprechen dafür sich jetzt zu einem Umzug Gedanken zu machen. Finanzielle Überlegungen deshalb, weil doch jährlich Mietkosten von 100'000 Franken zu Buche stehen. Sollte sich der Kanton ab 2017 völlig aus dem Rennen nehmen und keine Kosten mehr für das Familienzentrum übernehmen wollen, muss die Stadt wohl oder übel vollumfänglich für den fehlenden Betrag aufkommen. Eine städtische Liegenschaft hätte aus finanzieller Sicht sicherlich einen positiven Einfluss.

Besten Dank.

Ivo Koller

Patricio Frei

*Sehr geehrter Herr Präsident
Liebe Kolleginnen und Kollegen
Geschätzte Anwesende*

Junge Mütter, die in der Stillzeit einen Ratschlag benötigen; Eltern, die Gewicht und Grösse Ihres Babys kontrollieren wollen, ohne gleich einen Arzt aufzusuchen; Väter, die sich wegen einer Krankheit ihres Kindes mit anderen Betroffenen austauschen wollen – sie alle finden im Mütterzentrum, kurz Müze, eine geeignete Anlaufstelle. Diese Institution hat schon bei etlichen Nachwuchssorgen weitergeholfen.

Das Müze ist lediglich eine der Organisationen, die im Familienzentrum ihre wertvollen Dienste anbieten. Diese Organisationen ermöglichen Begegnungen und Austausch, sie setzen sich für Erziehungskompetenz und Integration ein. Kurz: Wenn es das Familienzentrum nicht gäbe, man müsste es erfinden. Deshalb ist es für uns Grüne nicht nachvollziehbar, dass der Kanton nicht länger bereit ist, das Familienzentrum zu finanzieren.

Wir beglückwünschen den Stadtrat zu der gefundenen Lösung. Bedauerlich finden wir einzig, dass dieser Antrag so spät kommt: nicht einmal zwei Monate, bevor die Finanzierung des Familienzentrums ausläuft. Das ist auf den letzten Drücker.

Es bleibt zu hoffen, dass in zwei Jahren, wenn die Beteiligung des Kantons Zürich ganz ausläuft, der Stadtrat seinen Antrag dem Gemeinderat mit etwas mehr Vorlaufzeit unterbreiten wird.

Mit der Zustimmung zu diesem Finanzierungsantrag wollen wir Grünen auch ein Zeichen setzen. Das Zeichen ist an die Engagierten und Freiwilligen im Familienzentrum gerichtet und es ist ein Zeichen der Wertschätzung für ihre Arbeit.

*Patricio Frei
Fraktionspräsident Grüne*

Gabriela Seiler

*Sehr geehrter Herr Präsident
Geschätzte Anwesende*

Einmal mehr stehen wir vor der Tatsache, dass sich der Kanton entschlossen hat, eine Unterstützung zu streichen respektive wie im vorliegenden Fall zu reduzieren und es jetzt „freundlicherweise“ den Kommunen überlässt, tiefer ins Portemonnaie zu greifen oder sich mit enttäuschten und unzufriedenen Einwohnern auseinander zu setzen.

Dass das Familienzentrum mit seiner breiten Angebotspalette eine nicht zu unterschätzende Aufgabe erfüllt und für viele Familien eine wichtige Anlaufstelle ist, steht sicher ausser Frage. Der Antrag des Stadtrates zeigt ja auch, dass dem Familienzentrum eine hohe Priorität eingeräumt wird. Wir unterstützen den Antrag des Stadtrates so wie er heute vorliegt mit dem Unterstützungsbeitrag von Fr. 80'000. Ebenfalls finden wir es richtig, dass der Stadtrat auch für das Familienzentrum den Weg über einen Leistungskontrakt mit dem neu zu gründenden Trägerverein gewählt hat und nicht wie andere Gemeinden den Betrieb in die Gemeindestrukturen integriert hat.

Wir danken allen Beteiligten rund um das Familienzentrum für ihr Engagement. Wie in vielen Vereinen und Institutionen ist es sicher auch hier unerlässlich, dass sich immer wieder freiwillige Helfer finden lassen.

Gleichzeitig fordern wir die neue Trägerschaft auf, die Möglichkeiten zur zusätzlichen Mittelgenerierung mit dem notwendigen Einsatz und Kreativität auszuschöpfen und sich nicht einfach darauf zu verlassen, dass die Stadt Uster bei einem kompletten Wegfall des Kantonsbeitrags

*was ja ab 2017 möglich sein kann, dann diesen Teil ebenfalls noch übernehmen wird, einfach weil man dann das dann ja sowieso muss !!
Besten Dank für ihre Aufmerksamkeit.*

Claudia Wyssen

Vor genau einem Jahr stellte ich die Anfrage nach der Weiterführung des Familienzentrums Uster. Dies, nachdem die meisten umliegenden Gemeinden bereits Lösungen für die Weiterführung aufgegleist hatten und die Weiterführung ihrer Familienzentren sichergestellt hatten.

Daher zeigt sich die SP-Fraktion logischerweise erfreut darüber, dass sich nun auch der Stadtrat von Uster darum bemüht hat, eine definitive Lösung für Usters Familienzentrum zu finden.

Die Wichtigkeit des Familienzentrums Uster ist unbestritten. Es ist ein zentraler Anlaufpunkt für Eltern mit Kleinkindern, für Neuzuzüger, die Menschen in ähnlichen Lebenssituationen kennen lernen wollen und für die verschiedensten Nutzungsgruppen. Es bietet Kinderhüte an, ist Treffpunkt für schwedische und japanische Mütter, hat Deutschkurse im Angebot und beherbergt den Verein Müze, dessen Angebote von den Ustermerinnen und Ustermern und auch zahlreichen Auswärtigen rege genutzt werden. Und damit wurden nur wenige der 23 Nutzungsgruppen genannt. Auch ist die dort geleistete Freiwilligenarbeit zu erwähnen. Ohne diese wäre ein Familienzentrum im vorhandenen Umfang gar nicht möglich. Und an dieser Stelle möchten wir uns bei den vielen Aktiven, die sich dort engagieren, bedanken. Dem Familienzentrum Uster kommt, wenn es um Angebote für Kleinkinder geht, ein zentraler Stellenwert zu.

Die Mitglieder des Gemeinderates wurden 2013 vom Familienzentrum eingeladen, um sich persönlich vor Ort ein Bild über die Angebote, die das Familienzentrum beherbergt, machen zu können. Kennzeichnenderweise waren bei diesem Anlass weitaus mehr Vertreter der verschiedenen Nutzungsgruppen als Gemeinderäte anwesend.

Die SP-Fraktion begrüsst und unterstützt den vorliegenden Antrag.

Claudia Wyssen, SP-Fraktion

Keine weiteren Wortmeldungen mehr erwünscht.

Abstimmung über den Ergänzungsantrag RPK:

Der Gemeinderat beschliesst

mit 34 : 0 Stimmen

Der Stadtrat erhält die Kompetenz, für die in diesem Zusammenhang anfallenden Mietkosten aufzukommen.

Schlussabstimmung:

Der Gemeinderat beschliesst

mit 34 : 0 Stimmen

1. Für die Weiterführung des «Familienzentrums Uster» wird ein jährlich wiederkehrender Beitrag von 80'000 Franken bewilligt.
2. Die Stadt Uster mietet die Räumlichkeiten des jetzigen Familienzentrums an der Zentralstrasse 32, 8610 Uster und stellt diese einer Trägerschaft zur Betriebsführung zur Verfügung. Der Stadtrat erhält die Kompetenz, für die in diesem Zusammenhang anfallenden Mietkosten aufzukommen.
3. Die Stadt Uster stellt über geeignete Kontrakte die strategische und fachliche Führung des Familienzentrums sicher.
4. Mitteilung an den Stadtrat.

4 Antrag des Stadtrates betreffend Energie Uster AG / Geschäftsbericht 2013 (Antrag Nr. 13/2014)

Bei diesem Geschäft befindet sich Bruno Modolo als CEO der Energie Uster AG im Ausstand.

Für die Kommission öffentliche Dienste und Sicherheit referiert **Marius Weder**.

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Anwesende

Mit Sitzung vom 29. September 2014 war bei der KÖS der Antrag des Stadtrats Nr. 13 betreffend den Geschäftsbericht 2014 der Energie Uster AG traktandiert. Zur Erläuterung des Geschäfts sowie zur Beantwortung von Fragen erschienen Stadtrat Cla Famos, Abteilungsleiter Finanzen, Stadtrat Thomas Kübler, als Verwaltungsratspräsident der Energie Uster AG, Thomas Christen, Leiter Finanzen Energie Uster AG und Bruno Modolo, als Vorsitzender der Geschäftsleitung der Energie Uster AG. Letzterer trat für dieses Geschäft als Gemeinderat und Kommissionsmitglied wie bei Geschäften betreffend die Energie Uster AG üblich in den Ausstand.

Stadtrat Cla Famos konnte der Kommission Bericht erstatten über das in finanzieller Hinsicht wiederum erfolgreiche Geschäftsjahr 2013. Die Generalversammlung der Energie Uster AG fand am 25. Juni 2014 statt, anlässlich derer der vorliegende Geschäftsbericht abgenommen wurde. Im Rahmen seines Vortrags ging er u.a. auch auf den Zusammenhang zwischen Spital und Energie Uster AG ein in Bezug auf den Wärmeverbund und wie dabei das Ziel der Reduktion des CO₂-Wertes erreichbar wäre.

Stadtrat und VR-Präsident Thomas Kübler wies sodann im Rahmen seines Vortrags speziell auf den Umstand hin, dass i.S. Kommunikation derzeit viel diskutiert und unternommen wird. Er informierte darüber, dass Delegationen die einzelnen Fraktionen besuchen werden, um den Austausch auch regelmässig zu pflegen. Weiter versucht die Energie Uster AG, im Bereich erneuerbare Energien und Wärmeverbund Akzente zu setzen. Ein weiterer Schwerpunkt ist bekanntlich der Werkhof, der saniert werden muss.

Im Rahmen der folgenden Fragen der Kommissionsmitglieder und der sich daraus ergebenden Diskussionen wurde in formeller Hinsicht auf die Frage eingegangen, ob und falls ja, wie es möglich wäre, den Geschäftsbericht der Energie Uster AG dem Gemeinderat allenfalls etwas früher vorzulegen.

Inhaltlich wurden u.a. auf die im Geschäftsbericht erläuterte der Frage der Kooperation der Energie Uster AG mit in- und/oder ausländischen Partnern zur Realisierung einzelner Projekte, insbesondere im Bereich erneuerbarer Energien allgemein und Fotovoltaik im Besonderen eingegangen. Hierbei wurde ein konkretes Projekt einer Tochtergesellschaft zusammen mit einer anderen Zürcher Gemeinde bezüglich Fotovoltaik-Anlagen erläutert, dessen Realisierung, falls alles klappt, für 2015

geplant ist. Weiter wurde auf die geplante Realisierung von weiteren Stromtankstellen auf dem Stadtgebiet von Uster eingegangen. Erläutert wurden sodann die Mutationen im Verwaltungsrat und Fragen bezüglich der Vergütungen der Verwaltungsratsmitglieder. Weitere Themen waren der Strommix und dabei der Anteil von Atomstrom bzw. umgekehrt betrachtet von Naturstrom, die Zertifizierung des Naturstroms unter besonderer Beachtung des Aabachstroms, der Stand des Baus des Glasfasernetzes, der Öko-Fond und dessen Nutzung durch die Konsumenten sowie Fragen rund um die Liefersicherheit von Erdgas auch im Falle von Lieferengpässen im europäischen Markt.

Die KÖS beschloss einstimmig, dem Gemeinderat die Kenntnisnahme des Geschäftsberichts der Energie Uster AG zu beantragen.

Abschliessend möchte ich mich namens der KÖS bei Herrn Stadtrat Famos sowie den Herren Vertretern der Energie Uster AG für die kompetent vorgetragenen Informationen anlässlich der Kommissionssitzung bedanken.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit

Marius Weder

Für die Rechnungsprüfungskommission referiert **Giuseppe Biacchi**.

Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Anwesende

Die Rechnungsprüfungskommission hat an Ihrer Sitzung vom 27. Oktober 2014 den Geschäftsbericht 2013 der Energie Uster AG behandelt. Vom Stadtrat war Herr Dr. Cla Famos anwesend. Die Energie Uster AG war durch den Verwaltungsratspräsidenten Herr Thomas Kübler, dem CEO Herr Bruno Modolo und dem Leiter Finanzen Herr Thomas Christen vertreten. Für ihre Anwesenheit und die ausführliche und kompetente Beantwortung der gestellten Fragen, sei ihnen an dieser Stelle herzlich gedankt. Zusammenfassend kann gesagt werden, dass

- Der Dialog zwischen der Stadt, den Behörden und der Energie Uster AG regelmässig geführt wird.
- Auf die Sanierung des Werkhofs an der Dammstrasse grossen Wert gelegt wird.
- Die Energie Uster AG in den nächsten Jahren mehrerer Stromtankstellen bauen wird.
- Der Verwaltungsrat der Energie Uster AG 3 neue Mitglieder hat und ein Mitglied im Berichtsjahr zurück getreten ist.
- Der Strommix der Stadt Uster AG sich durchaus sehen lassen kann. Der an die Stadt Uster gelieferte Strom bestand im 2013 aus 92.4% erneuerbarer Energie. In der Stadt Zürich lag dieser Anteil beispielsweise bei 63.5%.
- Die Einlage in den Ökofonds wiederum CHF 600'000 betrug .

- *Der Geschäftsbericht der Energie Uster AG immer erst auf Ende Juni der RPK übergeben werden kann, da die GV der Energie Uster AG erst Mitte Juni stattfindet und der Geschäftsbericht dann genehmigt wird und alsdann in den Druck gegeben werden kann.*
- *Die RPK hat bei der „Einlage in andere Reserve“ 2013 einen Schreibfehler entdeckt ,beim Betrag von Fr. 1'284'000.- wurde eine Null vergessen (1'284'00.-)*

Die RPK empfiehlt dem Gemeinderat einstimmig den Geschäftsbericht 2013 der Energie Uster AG zur Kenntnis zu nehmen.

*Giuseppe Biacchi
Gemeinderat Uster*

Wolfgang Harder

Der Antrag Nr. 13/201 wurde von der Fraktion wohlwollend zur Kenntnis genommen. Die Zahlen stimmen positiv. Es wird anerkennend registriert, dass die Energie Uster AG vermehrt den Kontakt zu den Fraktionen und eine bessere Zusammenarbeit sucht. Die Arbeit der Geschäftsleitung und der Energie Uster wird von der Fraktion positiv gewürdigt. Leider erscheint der Geschäftsbericht an vielen Stellen wie eine Werbebroschüre. Da wir den Bericht nur zur Kenntnis nehmen können, wird darauf verzichtet, hier im Rat im Detail auf den Bericht einzugehen. Aber wir bringen unsere Fragen und Anliegen weiterhin via Motionen, Postulate und Anfragen an und nehmen so unsere politische Kontrollaufgabe wahr.

Markus Wanner

Die SP-Fraktion hat den Geschäftsbericht 2013 der Energie Uster AG zur Kenntnis genommen. Wie auch in den vergangenen Jahren haben wir gemischte Gefühle. Aber wir verzichten dieses Jahr zu erwähnen, dass die wirtschaftliche Lage der Energie Uster AG sehr gut ist, dass die Rückstellungen zu hoch sind, und dass man die Dividende erhöhen müsste.

Da der Gemeinderat ja bekanntlich nur sehr wenig Einfluss hat auf die Energieversorgung, benutzen wir dieses Jahr die Gelegenheit, bei der zur Kenntnisnahme des Geschäftsberichts drei Punkte zu erwähnen.

1. Die Energie Uster AG hat erwähnt, dass sie in Sachen Kommunikation viel unternommen wird. Delegationen haben die Fraktionen besucht, um den Austausch regelmässig zu pflegen. Das wurde auch sehr geschätzt. Auch versucht sie, im Bereich erneuerbare Energien und Wärmeverbund Akzente zu setzen. Auch das ist begrüssenswert.

Im Rahmen einer transparenten Kommunikation würde man dann auch erwarten, dass in einer öffentlichen AG der Vergütungsbericht des Verwaltungsrats und der Geschäftsleitung publiziert wird. Das machen in der Zwischenzeit sehr viele Aktiengesellschaften. Aber da haben wir uns getäuscht. Der Verwaltungsrat hat entschieden, die Vergütungen nicht zu publizieren. Die Aktionäre müssten da vermutlich Druck aufsetzen. Doch wer fühlt sich schon als Aktionär? Der Stadtrat? Die Frage ist nun natürlich, warum der Verwaltungsrat dies nicht will. Will er etwas verstecken? Sind die Vergütungen viel zu hoch? Da kann man noch versuchen, die Kommunikation zu verbessern. Wenn man nicht bereit ist, den Vergütungsbericht nicht zu publizieren, bleibt ein sehr ungutes Gefühl zurück.

2. Ein Dauerbrenner bei der Energie Uster AG ist die erneuerbare Energie. Solange die Energie Uster AG noch Kernenergie im Standardmix anbieten, und nicht auf erneuerbare Energie als

Standard umstellt, sind wir nicht zufrieden. Um nicht unsere lokale Stromproduktion, welche nicht ausreichend zertifiziert ist, zu gefährden, wären wir sogar bereit, bei der Zertifizierung – welche ja mit den verschiedensten Zertifikaten mehr als komplex sind - von Stromproduktion bei lokalen Produkten zu verzichten. Wir warten also weiterhin auf den Standardmix erneuerbare Energie und hoffen, nicht als letzte Gemeinde im Kanton diesen Standard anzubieten.

Und als 3. Punkt werfen wir ein Auge auf den Werkhof. Wir sind froh, dass im Geschäftsbericht steht, dass der Werkhof saniert werden soll, sofern die Wirtschaftlichkeit gegeben ist. Es geistern bereits Zahlen von 60-70 Mio. Franken für die Sanierung herum. Das dürfte wohl eine Wirtschaftlichkeitsrechnung bei weitem sprengen.

Matthias Bickel

Sehr geehrter Herr Gemeinderatspräsident

Geschätzte Anwesende

Die FDP-Fraktion nimmt den Geschäftsbericht 2013 der Energie Uster AG mit einem ausgewiesenen Jahresgewinn von CHF 2.5 Mio. erfreut zur Kenntnis. Die Fraktion unterstützt somit auch die beschlossene Verwendung des Bilanzgewinns.

Der Geschäftsbericht zeigt, dass die Energie Uster AG im vergangenen Jahr erfolgreich im anspruchsvollen Markt gewirtschaftet hat. Die Energie Uster AG verkauft dabei nicht nur Energie und Wasser, sondern engagiert sich auch beim Sparen von Energie und Wasser: Die Energie Uster AG fördert wärmetechnische Verbesserungen an Gebäuden oder hochwertigen Wärmepumpen bei bestehenden Liegenschaften und begleitet energetische Gebäudesanierungen sowie Installation von Fotovoltaik-Anlagen.

Die Energie Uster AG nimmt sodann auch die Anliegen des Gemeinderats Ernst: Sie hat den Wasserkraftanteil im allgemeinen Strommix auf 80% erhöht und verfeinert ihre Ökoprodukte laufend. Der kürzlich veröffentlichte Strategiebericht zeigt, dass die Energie Uster auf die Bedürfnisse der Kunden eingeht.

Natürlich geben sich grüne Stimmen damit nicht zufrieden und fordern - mit Verweis auf die Elektrizitätswerke der Stadt Zürich - 100% Ökostrom. Nur hinkt dieser Vergleich ein wenig: obwohl die Eigentümer von Kernkraftwerken angeblich 100% Ökostrom vergeben, kommt in der Stadt Zürich faktisch immer noch 30% Atomstrom aus der Steckdose. Im Unterschied zur Stadt Zürich hat die Energie Uster keine Beteiligungen an Kernkraftwerken und im Vergleich zu anderen Werken weist der Ustermer Strom einen nur kleinen Kernanteil auf. Im Unterschied zur Stadt Zürich, wo die Kundschaft gezwungen ist, diesen unreinen Ökostrom zu beziehen, kann die Kundschaft in Uster schon heute durch geschickten Mix auf 100% reine erneuerbare Energie kommen. Fazit: In Uster kommt ehrlicher Strom aus der Steckdose!

Die FDP-Fraktion ist daher - momentan - auch gegen eine Erhöhung auf 100% Ökostrom, denn man muss unter anderem auch abwägen, welchen Einfluss eine solche Erhöhung für unsere eigenen Energiequellen hat.

Für die FDP-Fraktion:

Matthias Bickel, Gemeinderat.

Thomas Wüthrich

*Sehr geehrter Herr Präsident
Geschätzte Anwesende*

Vor einem Jahr haben wir uns an dieser Stelle in der kürzest möglichen Form zu Wort gemeldet. Heute erlauben wir Grünen uns doch einige Bemerkungen zum Geschäftsbericht der Energie Uster AG.

Grundsätzlich ist festzuhalten, dass sich die Energie Uster AG in die gemäss unserer Überzeugung richtige Richtung bewegt. Gemäss Aussagen des CEO beträgt der Anteil an erneuerbarer Energie inzwischen über 92,5%. Die Hälfte des Stroms aus Wasserkraft stammt aus der Schweiz. Dies ist möglich, weil der Wasserstrom zum Teil über den Ökofonds finanziert werden kann. Es zeigt sich somit, dass der Ökofonds einen wesentlichen Beitrag zur Energiewende beitragen kann.

Potential besteht noch darin, dass der Wasserstrom vollumfänglich das Zertifikat nature made star trägt und nicht als möglicherweise verkappter Atomstrom unter dem Label nature made basic daher kommt.

Richtig schein uns Grünen auch, dass die Wärmeverbunde und die Energiegewinnung aus Holz forciert werden. Ebenso positiv vermerken wir die geplante Erstellung von Stromtankstellen auf Stadtgebiet. Und schliesslich freut uns die Vision, dass der Wärmebedarf auf Stadtgebiet erstens kontinuierlich gesenkt und zweitens zunehmend durch erneuerbare Energien gedeckt werden soll.

Etwas erstaunt sind wir Grünen darüber, dass offensichtlich keine Szenarien für Verwendung von Wasserstoff als Energieträger bestehen. Überschüssige Energie aus Wind- und Solaranlagen kann in Form von Wasserstoff gespeichert werden. Dann kann der Wasserstoff entweder in reiner Form genutzt werden – dazu kommen wir noch unter Traktandum 9 – oder er wird methanisiert und kann in das bestehende Gasnetz eingespiessen werden. Letzteres ein Verfahren, für das sich die Energie Uster AG gemäss Zeitungsberichten sehr wohl interessiert, bislang aber noch nichts Konkretes öffentlich kommuniziert hat.

Aber vielleicht müsste hier – wie auch ganz grundsätzlich – halt die Stadt Uster und damit die Politik vermehrt Einfluss nehmen, um die Energiewende beschleunigt voranzutreiben – dies als kleiner Vorgeschmack auf Traktandum 7 von heute.

Der langen Rede kurzer Sinn:

Die Grünen haben vom Geschäftsbericht der Energie Uster AG Kenntnis genommen.

*Thomas Wüthrich
Gemeinderat, Grüne Fraktion*

Keine weiteren Wortmeldungen mehr erwünscht.

Abstimmung:

Der Gemeinderat beschliesst

mit 33 : 0 Stimmen

dem Gemeinderat zu beantragen:

- 1. Der Gemeinderat nimmt vom Geschäftsbericht 2013 der Energie Uster AG Kenntnis.**
- 2. Mitteilung an den Stadtrat.**

**5 Postulat 506 von Paul Stopper und Werner Kessler betreffend
«Verwirklichung der Fuss- und Radwegverbindung Post-/Gerichtsstrasse -
Gotthardweg (Stadthaus)»**

Für die Postulanten referiert **Paul Stopper**. Er erläutert anhand einer Power-Point-Präsentation den geschichtlichen Hergang des Verbindungsweges und die aktuelle Situation zwischen Gotthardweg und Post-/Gerichtsstrasse.

Stadtrat Thomas Kübler führt aus, dass der Stadtrat bereit ist, das Postulat entgegenzunehmen. Einziges Problem ist, dass das Postulat nicht als Postulat formuliert ist. Es müsste heissen: „Der Stadtrat wird eingeladen zu prüfen, ob und wie die Fuss- und Veloverbindung von der Post-/Gerichtsstrasse bis zum Gotthardweg (Stadthaus) zu realisieren ist.“

Jürg Gösken

*Sehr geehrter Herr Präsident,
sehr geehrte Anwesende*

Unserer Fraktion geht es nicht darum, die Zeitkapsel von 1970 zu öffnen und genau das zu realisieren, was damals mal vorgesehen oder eingeplant gewesen war. Die Begründung des Postulats nehmen wir deshalb nicht allzu ernst.

Unsere Fraktion kann aber die Forderung des Postulats mehrheitlich dahingehend unterstützen, dass es ein guter Zeitpunkt ist nach Realisierung von Kern Nord und vor Erstellung von Kern Süd aufzuzeigen, wie der Durchgang und damit nicht nur die Belebung des ganzen Kerns, sondern auch die Achse des erweiterten Stadtzentrums von Stadthaus bis und mit Zeughausareal betont werden kann.

Was bereits vom Kern Nord realisiert worden ist, gibt vieles schon nicht zum grössten Vorteil vor, was mit einer umsichtigen Realisierung des Kerns Süd etwas kompensiert werden könnte.

Stand heute ist, dass man von beiden Seiten her eine Art Hinterhofpfad durchquert und dann im Zickzackkurs einem Zaun entlang geführt wird und auch noch zwischen jenen eingelassenen Pflanztöpfen einen Weg suchen muss.

Für die bestehenden und künftigen Geschäfte muss das bezüglich Laufkundschaft ebenso unattraktiv sein, wie für ein belebtes erweitertes Stadtzentrum hinderlich, wenn der Durchgang nicht zum Durchgang einlädt.

Aus unserer Sicht macht es daher durchaus Sinn, dass vor allem für den Fussverkehr eine einladende und hindernisfreie Verbindung geschaffen wird, soweit es die Umstände eben erlauben. Für eine durchgängige Velowegverbindung ist der Zug wohl schon abgefahren.

Mit Augenmass kann man hier mit rechtzeitiger Berücksichtigung und mit wenig Mitteln zum fussgängerfreundlichen Stadtzentrum beitragen. Seit letztem Montag sucht der Stadtrat offenbar einen noch namenlosen Weg für einen verdienten Historiker Usters. Vielleicht heisst die Verbindung demnächst Dr. Bruno Schmid-Weg – ich danke.

*Für die Mittefraktion
Jürg Gösken*

Meret Schneider

*Sehr geehrter Herr Präsident
Geschätzte Anwesende*

Die Grünen sind erfreut über das Postulat von Paul Stopper und Werner Kessler betreffend „Verwirklichung der Fuss- und Radwegverbindung Post-/Gerichtsstrasse – Gotthardweg (Stadthaus)“.

Dass die Situation für Velofahrerinnen und Velofahrer durch die nicht erschlossene Verbindung gerade im Zentrum aktuell unhaltbar ist, haben vermutlich die meisten Ustermer_innen bereits am eigenen Leib erfahren müssen. Umso mehr freut es uns, dass der Stadtrat angehalten ist zu prüfen ob eine Fuss- und Radwegverbindung an dieser gerade von Einkaufenden und Familien hochfrequentierte Stelle nicht sinnvoll wäre. Mit Sicherheit würde eine solche Verbindung das Zentrum etwas velofreundlicher und auch für Fussgängerinnen und Fussgänger praktischer gestalten, was womöglich auch eine immer angestrebte Belebung des Zentrums zur Folge hätte.

Konsequenterweise muss mit dieser Fuss- und Radwegverbindung jedoch auch der Vortritt für Velofahrende gegenüber den Autos einhergehen. Nur dann ist eine echte Verbesserung der Situation tatsächlich gewährleistet.

Die Grünen freuen sich über jeden kleinen Schritt, mit dem die Umsetzung des Velokonzeptes vonstatten geht, auch wenn man diesbezüglich sicher noch etwas zügiger voranschreiten könnte.

Darum unterstützen die Grünen das Postulat von Paul Stopper und Werner Kessler und empfehlen Ihnen Ja zu stimmen.

*Meret Schneider
Gemeinderätin Grüne*

Keine weiteren Wortmeldungen mehr erwünscht.

Abstimmung:

Der Gemeinderat beschliesst

mit 17 : 15 Stimmen

Das Postulat 506 wird dem Stadtrat überwiesen.

6 Motion 512 von Ursula Räuftlin und Wolfgang Harder betreffend «Umsetzung des Öffentlichkeitsprinzips in Uster»

Für die Motionäre referiert **Ursula Räuftlin**.

*Sehr geehrter Herr Präsident,
geschätzte Ratskolleginnen und Ratskollegen
geschätzte Anwesende*

Um es gleich vorwegzunehmen: wir werden auf den Wunsch des Stadtrates eingehen, und die vorliegende Motion in ein Postulat umwandeln. Der Stadtrat hat uns signalisiert, dass er diesen Vorstoss als Postulat entgegennehmen will.

*Über so viel **Transparenz und Information**, die vom Stadtrat aus kommt, freuen wir uns natürlich. Dies ist nämlich genau das, was wir uns wünschen: nämlich dass der Stadtrat die Transparenz, die im Art. 49 der Kantonsverfassung festgeschrieben steht, gewährleistet. Gemäss diesem Gesetzesartikel informieren die Behörden von sich aus, aber auch auf Anfrage über ihre Tätigkeit, soweit nicht überwiegende öffentliche oder private Interessen entgegenstehen.*

Was wir mit unserm Vorstoss konkret fordern, ist nichts anderes, als uns auf Kantonsebene bereits vorgelebt wird. Die Beschlüsse des Regierungsrates seit dem Jahr 2008 sowie die Protokolle des Kantonsrates seit dem 13. Mai 1999 sind öffentlich im Internet einsehbar. Diese Dokumente müssen verwaltungsintern archiviert werden, eine zusätzliche Aufschaltung ist mit wenig Aufwand machbar. Das Geheimnis, das der Ustermer Stadtrat mit seinen Beschlüssen macht, dient weder der Transparenz, noch fördert es das Vertrauen in unsere Regierung. Wenn am Schalter nach einer amtlichen Publikation über neue Tarife die Stadtrats- und Schulpflegebeschlüsse nicht vorgelegt und erst recht nicht oder erst nach mehrmaligen Nachhaken ausgehändigt werden, regt dies ja schon sehr zum Nachdenken an. Man fragt sich dann vielleicht zu recht: Was hat der Stadtrat zu verbergen?

Wir sind uns bewusst, dass es aus datenschützerischen Gründen nicht möglich sein wird, jeden Beschluss zu veröffentlichen. Und wir verlangen auch nicht die Wortprotokolle aus den Sitzungen der Exekutiven: die Beschlussprotokolle genügen vollauf. Hingegen wünschen wir uns die Publikation der Gemeinderatsprotokolle. Denn diese Sitzungen sind öffentlich und die Bürger sollen nachlesen können, was wir Gemeinderäte nun wirklich hier in diesem Saal gesagt haben.

Dass wir nicht die einzigen in der Region sind, die dieses Anliegen vertreten, zeigt der aktuelle Artikel aus dem AvU vom 18. Oktober 2014. Auch in Pfäffikon soll der Bürger mehr wissen. Was der Gemeinderat unserer kleineren Nachbargemeinde kann, sollte durchaus auch unserem Stadtrat möglich sein.

Für die Erhöhung der Transparenz in der städtischen Politik bitte ich Euch, unser Anliegen zu unterstützen. Besten Dank.

*Ursula Räuftlin
Gemeinderätin Grünliberale*

Stadtpräsident Werner Egli führt aus, dass der Stadtrat bereit ist, den Vorstoss als Postulat entgegenzunehmen aber nicht als Motion. Er fordert die Verfasser auf, bei der Schulpflege die Informationen selber abzuholen, dafür ist der Stadtrat nicht zuständig. Zudem muss der Gemeinderat selber bestimmen, was in welcher Form veröffentlicht werden soll.

Wie bereits im Referat von Ursula Räuftlin ausgeführt, sind die Urheber bereit, die Motion in ein Postulat umzuwandeln.

Richard Sägesser

Sehr geehrter Herr Gemeinderatspräsident

Geschätzte Anwesende

Der Stadtrat nimmt uns mit seiner Bereitschaft, die Motion als Postulat entgegen zu nehmen, den Wind aus den Segeln. Dem Vorstoss hätten wir als Motion nicht zustimmen können, als Postulat können wir das aber.

Was wäre denn überhaupt die Wirkung gewesen dieser Motion? Sie verlangt gar keine Beschlussvorlage, wie es eine Motion tun müsste. Es bleibt somit die Frage offen, was wir am Ende denn beschliessen könnten, wenn die Motion erheblich erklärt würde. Und um sicherzustellen, dass neben den Beschlüssen auch die Protokolle des Gemeinderats veröffentlicht werden, braucht es auch keinen Vorstoss an den Stadtrat. Das hätten wir selber in der Hand.

Gegen das Öffentlichkeitsprinzip lässt sich nichts einwenden: Es entspricht den heutigen Anforderungen der Bevölkerung an den Staat, ist in der Verfassung verankert und gilt auch für die Gemeinden.

In der Tat, der Stadtrat legt bei der Veröffentlichung seiner Beschlüsse eine gewisse Scheu an den Tag. Da besteht noch Ausbaupotential. Inhaltlich geht uns der Vorstoss aber zu weit: Eine komplette Veröffentlichung aller Beschlüsse der städtischen Organe erachten wir als unverhältnismässig. Aufwand und Nachfrage stehen nicht in einem sinnvollen Verhältnis. Bei der Einführung des Öffentlichkeitsprinzips ging man beim Kanton von einer Welle von Anfragen aus. Es geschah aber nicht viel. Was eine einzelne Bürgerin interessiert, interessiert eben noch nicht die Allgemeinheit.

Die FDP-Fraktion stimmt der Überweisung des Postulats zu.

Für die FDP-Fraktion: Richard Sägesser, Gemeinderat

Anita Borer

Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Damen und Herren

Unsere Verwaltung kommuniziert, so denke ich, transparent und gibt unveröffentlichte Informationen auf Anfrage heraus. Von dem her sehe ich dieses Postulat nicht als zwingend. Allerdings ist unbestritten, dass die Stadt Uster hinsichtlich öffentlich einsehbarer Informationen Optimierungsbedarf hat. Auf Kantonsebene beispielsweise sind jegliche Beschlüsse und Ratsprotokolle im Internet aufgeschaltet.

Das Problem in Uster sehe ich aber vor allem in der Technik. Wie im kürzlich hier im Gemeinderat behandelten Antrag für ein neues Informatiksystem begründet wurde, ist das aktuelle System veraltet und unflexibel. Solange dies der Fall ist, leuchtet es ein, dass das Öffentlichkeitsprinzip nicht im gewünschten Umfang realisiert werden kann.

Kurz gesagt: Wir stehen hinter dem Öffentlichkeitsprinzip. Uns leuchtet aber ein, dass auf dem Weg zu mehr öffentlich zugänglichen Informationen zuerst die Technik verbessert werden muss. Da die Motion in ein Postulat umgewandelt wurde, unterstützen wir den Vorstoss.

Thomas Wüthrich

*Sehr geehrter Herr Präsident
Geschätzte Anwesende*

Unter nationalrat.ch finden sich die WORT-Protokolle sämtlicher Nationalrats- und Ständeratssitzungen.

Unter kantonsrat.zh.ch finden sich die umfassenden Protokolle sämtlicher Sitzungen des Kantonsrates, immer sichtbar, immer online zur Verfügung stehend.

Unter Uster.ch – nada. Oder besser fast nichts. Nur die die Beschlüsse des Gemeinderats sind zu finden. Aber sonst?

Wir Ustermer scheinen schon ein gar verschwiegenes Völkchen zu sein. Ist es gar am Ende ein konspiratives Treffen, das in diesem Saal monatlich abgehalten wird – mit mehr oder weniger Zaungästen, die zufällig von einem Geschäft persönlich betroffen sind? Oder sehen sich die verschiedenen Gremien der Stadt Uster mehr wie ein Verwaltungsrat eines Grosskonzerns, der national und international weitreichende Beschlüsse im Stillen fällt?

Wohl kaum. Wir sind doch die Stimmen des Volkes! Und eigentlich müssten wir ein grosses Interesse daran haben, dass diese Stimmen in der Stadt gehört werden – und zwar nicht nur jene die am lautesten rufen. Es müsste unser ureigenstes Interesse sein, dass sich die Stimmbevölkerung umfassend informieren und damit auch wieder politisch engagieren kann. Dazu gehört eine transparente öffentliche Darstellung der Meinungsbildung und Beschlussfassung in den verschiedenen städtischen Gremien.

Wir trauen unserer Stimmbevölkerung ja etwas zu, wir wollen sie ja nicht für dumm verkaufen. Das beweisen wir ja an jedem Abstimmungswochenende, in dessen Vorfeld von allen Seiten informiert und berichtet wird. Warum also nicht auch einen detaillierten Blick auf das nicht minder wichtige Alltagsgeschäft gewähren?

Information und Transparenz sind zentrale Säulen der Demokratie. Sind diese nicht vorhanden mutiert die Politik schnell zu einer Veranstaltung weniger, von der sich grosse Teile der Bevölkerung abgemeldet haben. Das darf so nicht sein. Wir mauscheln nicht im Dunkeln, sondern stehen zu unseren Haltungen und Überzeugungen.

Die Grünen unterstützen deshalb die Motion und erwarten ein deutliches Ja aus dem Rat.

*Thomas Wüthrich
Gemeinderat, Grüne Fraktion*

Keine weiteren Wortmeldungen mehr erwünscht.

Abstimmung:

Der Gemeinderat beschliesst

mit 34 : 0 Stimmen

Die Motion 512 wird in ein Postulat umgewandelt und überwiesen.

7 Bericht und Antrag des Stadtrates auf die Motion 590 von Marius Weder «Die Eigentümerstrategie der Energie Uster AG ist dem Gemeinderat vorzulegen»

Bei diesem Geschäft befindet sich Bruno Modolo als CEO der Energie Uster AG im Ausstand.

Der Motionär **Marius Weder** referiert.

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Anwesende

Vorweg möchte ich mich beim Stadtrat und der Verwaltung für den Bericht vom 23. September 2014 bedanken; ebenso für die Auflage der am 9. September 2014 neu verabschiedeten Eigentümerstrategie in der Aktenauflage sowie deren freundlicherweise erfolgte Zustellung an mich per Mail. Unterzieht man den Bericht zur Motion einer genauen Betrachtung, vermag dieser inhaltlich aber leider nicht zu überzeugen, ist er doch in relevanten Punkten widersprüchlich und keineswegs in sich schlüssig.

Zunächst zum Argument, wonach das Minimalziel der Motion in Form der bislang praktizierten freiwilligen Vorlegung zur Kenntnisnahme an den Gemeinderat bereits erfüllt sei: Der Stadtrat will uns doch nicht allen Ernstes weismachen wollen, eine aus Goodwill oder politischer Opportunität erfolgte Auflage der Eigentümerstrategie in der Aktenauflage des Parlaments sei dasselbe wie eine in der Gemeindeordnung statuierte Pflicht zur formellen Zustellung im Rahmen eines öffentlichen Geschäfts mit entsprechender Antragsstellung. Auch wenn dem Stadtrat in seiner aktuellen Zusammensetzung selbstverständlich vertraut werden kann, dass er an dieser Praxis der freiwilligen Auflage weiterhin festhalten würde, so garantiert dies doch keineswegs, dass sich auch eine künftige komplett andere personelle Zusammensetzung des Stadtrats in einigen Jahren daran gebunden fühlen würde. Eine entsprechende Statuierung in der Gemeindeordnung ist daher unabdingbar.

Wenn der Stadtrat sodann als Argument gegen die Diskussion der Eigentümerstrategie im Gemeinderat vorbringt, die Energie Uster AG bzw. deren energiemarktwirtschaftliche Entscheidungen dürften nicht 'verpolitisiert' werden, begibt er sich in einen unauflösbaren Widerspruch, wenn er doch gleichzeitig eben diese Eigentümerstrategie dem Gemeinderat vorlegen will, nur halt einfach freiwillig. Würde der Stadtrat effektiv eine 'Verpolitisierung' befürchten, müsste er die Eigentümerstrategie dem Parlament und damit der Öffentlichkeit ja konsequenterweise gänzlich vorenthalten. Grundsätzliche strategische Überlegungen sind bei einem Energieunternehmen im Übrigen per se immer auch politisch, was vorliegend noch im verstärkten Masse gilt, da es sich bei der Energie Uster AG um ein Unternehmen letztendlich im Eigentum der Bevölkerung der Stadt Uster handelt. Und dass es bei der Eigentümerstrategie nicht um detaillierte energiemarktwirtschaftliche Entscheidungen geht, zeigt schon ein kurzer Blick darin. Der Einwand der Gefahr einer 'Verpolitisierung' präsentiert sich mithin als leere Worthülse.

Die unter lit. B. des Berichts genannten Einflussmöglichkeiten des Parlaments sind klar und unbestritten; wir haben ja jetzt gerade heute wieder ein Anwendungsbeispiel davon miterlebt. Diese in der Begründung der Motion aufzuzählen, hätte eine unnötige Redundanz dargestellt. Wie aber der Stadtrat zur Ansicht gelangt, dass in der Motion suggeriert würde, die Einflussmöglichkeiten seien geringer als sie effektiv sind, bleibt unerfindlich.

Wenn der Stadtrat weiter kein Demokratiedefizit bei der Energie Uster AG festzustellen vermag, bleibt ihm dies überlassen. Wir jedenfalls stellen dieses Demokratiedefizit sehr wohl fest. Und - der Stadtrat verkennt dies offensichtlich, wie seiner Argumentation zu ersehen ist - hängt das Demokratiedefizit selbstverständlich nicht mit der Volksabstimmung Ende der 90er Jahre bezüglich der Auslagerung der Energiewerke in die Energie Uster AG zusammen. Dieses besteht vielmehr darin, dass das Parlament nicht verbunden mit einer öffentlichen Diskussion - und damit für die Bevölkerung potentiell einsehbar - bereits proaktiv auf die Eigentümerstrategie angemessenen Einfluss zu nehmen vermag, sondern immer erst ein Dreivierteljahr nach Abschluss eines Geschäftsjahres hinterher einen Kommentar abzugeben hat, was wie wo und warum hätte allenfalls anders gemacht werden sollen.

Der Einwand, eine Änderung der Gemeindeordnung sollte nicht aufgrund eines einzelnen Artikels erfolgen, muss schliesslich als gänzlich unbehilflich bezeichnet werden. Die Energie Uster AG wird gesetzlich einzig in der Gemeindeordnung geregelt, weswegen eine Änderung auf einer anderen Regelungsstufe gar nicht möglich ist. Und selbstverständlich kann auch die Gemeindeordnung der Stadt Uster einer Teilrevision in einem einzelnen Punkt unterzogen werden. Wie dies geht, exerziert der Bund bezüglich Verfassungsänderungen ja mittlerweile schon fast an jedem Abstimmungssonntag vor.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass seitens des Stadtrats kein einziges stichhaltiges Argument gegen die Motion vorgebracht wird.

Im Übrigen kann ich zur Vermeidung unnötiger Wiederholungen auf die Begründung in der Motion selbst sowie meine Begründung anlässlich der Sitzung vom 10. Februar 2014 verweisen.

Ich stelle Ihnen daher den Antrag, die Motion sei gemäss Art. 44a der Geschäftsordnung des Gemeinderats für erheblich zu erklären.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit und Unterstützung der Motion.

Marius Weder

Jürg Gösken

*Sehr geehrter Herr Präsident,
sehr geehrte Anwesende*

Der Stadtrat pflegt bei Motionen zwei Vorgehensweisen:

- 1. Motionen, welche er umsetzen möchte, beantwortet er mit einer konkreten Lösung und mit einer ausführlichen Begründung, weshalb die gewählte Lösung die beste aller Lösungen sei.*
- 2. Motionen, welche er nicht umsetzen möchte, beantwortet er ohne auch nur annähernd einen Lösungsweg aufzuzeigen damit, dass er ausführlich erklärt, weshalb er eine Umsetzung nicht für nötig erachtet usw.
- so wie im vorliegenden Fall.*

Wir erachten dies nicht als eine konstruktive Herangehensweise und erwarten, dass auch für letzteren Fall immer ein oder mehrere konkrete Lösungsvorschläge gemacht werden, die der Stadtrat umsetzen könnte, wenn er definitiv den Auftrag des Parlaments dazu erhält. Er kann und soll dazu seine ablehnende Haltung weiterhin begründen.

Im vorliegenden Fall möchte unsere Fraktion definitiv die Umsetzung der Motion, welche mehrere Möglichkeiten offen liess. Konkret könnten wir uns beispielsweise folgende Anpassung der Gemeindeordnung vorstellen:

Art. 5 Energie- und Wasserversorgung ist um einen Absatz 4 zu ergänzen:

„Der Stadtrat legt dem Gemeinderat seine Eigentümerstrategie zur Kenntnisnahme vor - Änderungen an der Eigentümerstrategie sind unverzüglich, unveränderte Eigentümerstrategien spätestens nach vier Jahren zu bestätigen.“

Ich bin mir sicher, dass es nicht so schwierig gewesen wäre, in der Antwort zur Motion eine wasserdicht legiferierbare Umsetzung vorzuschlagen. Ebenfalls bin ich mir sicher, dass es auch nicht einen derartigen Eingriff in die unternehmerische Tätigkeit des Stadtbetriebes Energie Uster AG darstellt. Vielmehr würde hier etwas Transparenz und Legitimation geschaffen.

Wie der Stadtrat begründet, kommt er freiwillig vertraulich gegenüber Kommission und Gemeinderat schon jetzt einzelnen Forderungen der Motion nach. Es spricht nichts dagegen, dass er dies auch weiterhin macht. Neu nun einfach mit verbindlichem Auftrag und dem Öffentlichkeitsprinzip nachlebend systematisch öffentlich.

Es ist ja nicht so, dass dem Stadtrat 100% der Energie Uster AG gehören, sondern dem Souverän gehören diese 100%. Die Ustermerinnen und Ustermer haben ein Recht zu erfahren, ob und welche Absichten die Stadt mit ihrer Beteiligung verfolgt. Da gibt es keinen Grund für Geheimniskrämerei.

Unsere Fraktion möchte Transparenz fördern, möchte die Motion erheblich erklären und lehnt den Antrag des Stadtrats folgerichtig einstimmig ab. – Ich danke.

*Für die Mittelfraktion
Jürg Gösken*

Theo Zwald

Sehr geehrter Präsident, geschätzte Anwesende

Wir von der SVP/EDU-Fraktion sind der Meinung, dass die Energie Uster AG, seit sie im Jahre 2000 eine Aktiengesellschaft wurde, nicht nur ausserordentlich gute Arbeit leistet, sondern auch bewiesen hat, dass sie weiss, was zu tun ist und gut positioniert ist. Dies beweist sie auch, indem sie sie jährlich eine beachtliche Dividende der Stadt ausschüttet. Ausserdem berichtet sie sowohl in der Kommission öffentliche Dienste und Sicherheit als auch in der Rechnungsprüfungskommission mindestens einmal im Jahr über Ihren Geschäftsbericht und dadurch über ihre Geschäfte.

Im Weiteren wurden schon mehrere Infoveranstaltungen durchgeführt, aus denen auch ersichtlich ist wie gut die Energie Uster AG arbeitet und was sie tut und sie stellt sich den Fragen der Fraktionen und ist bereit diese auch über die strategische Ausrichtung zu informieren.

Wir sind daher der Meinung, dass bereits jetzt genügend Transparenz herrscht und der Gemeinderat bereits heute genügend Einfluss auf die Energie Uster AG und vertreten klar die Meinung, dass die Aktiengesellschaft Energie Uster AG eine unternehmerische Freiheit braucht, um auf dem Markt bestehen zu können. Aus unserer Sicht genügt es vollkommen, dass die Eigentümerstrategie der Energie Uster AG, wie heute in der Aktenaufgabe eingesehen werden kann und sprechen uns klar gegen eine zusätzliche Verbürokratisierung aus und stimmen daher dem Antrag des Stadtrates zu und lehnen damit die Motion ab.

Für die SVP/EDU Fraktion: Theo Zwald

Matthias Bickel

Sehr geehrter Herr Gemeinderatspräsident

Geschätzte Anwesende

Wie wir schon in unserem letzten Referat zum Thema darlegten, sehen wir weiterhin keine Notwendigkeit, die Eigentümerstrategie der Energie Uster AG zu ändern.

Der Stadtrat kommt in seinem kurzen und klaren Bericht nun zum gleichen Schluss:

- Die Energie Uster AG berichtet in mehreren Kanälen über ihre Geschäftstätigkeit.*
- Die Einflussmöglichkeiten auf die Energie Uster AG über den politischen Weg sind gross genug. Von einem Demokratiedefizit kann keine Rede sein.*
- Der Souverän hat sich für die Schaffung einer Aktiengesellschaft in der heutigen Form ausgesprochen.*
- Eine Verpolitisierung der Unternehmensstrategie oder der operationellen Abläufe wäre ein grosses Hindernis zur optimalen Erfüllung des Unternehmensauftrags.*
- Die Gemeindeordnung (Art. 5) in der heutigen Form erfüllt das Minimalziel der Motion bereits.*
- Zudem hat der Gemeinderat auch in anderen Themen wie Schule, ARA oder Sozialbehörde nur beschränkt Einfluss, was ebenfalls richtig ist so. Und da stört sich auch niemand daran.*

Die FDP-Fraktion wird dem Bericht zustimmen und die Motion ablehnen.

Thomas Wüthrich

Sehr geehrter Herr Präsident

Geschätzte Anwesende

Nach Ansicht der Grünen hat der Stadtrat seine Arbeit nicht gemacht. Die Motion wurde mit einem glasklaren Auftrag überwiesen:

Der Stadtrat solle dem Gemeinderat eine revidierte Gemeindeordnung unterbreiten. In den revidierten Artikeln soll definiert werden, dass die Eigentümerstrategie der Stadt in Bezug auf die Energie Uster entweder vom Gemeinderat genehmigt oder ihm mindestens zur Kenntnis vorgelegt werden muss.

Auf die erste und für den Stadtrat wohl einschneidendere Variante geht er gar nicht erst ein. Dies ist absolut unzulässig und einer Exekutive nicht würdig!

Und in Bezug auf das offenbar kleinere Übel erklärt der Stadtrat des langen und des breiten warum er keinen solchen Artikel in der städtischen Verfassung will. Dabei versteigt sich der Stadtrat implizit zur Äusserung, dass gesetzliche Verankerung einer verstärkten öffentlichen Mitsprache keine so gewichtige Angelegenheit ist, um die Gemeindeordnung zu ändern!

Dabei geht es doch um unsere Energie Uster AG! Es geht um unsere Versorgung mit Trinkwasser und es geht um unsere Versorgung mit Energie!

Das vorhergehende Traktandum betreffend Öffentlichkeitsprinzip lässt grüssen.

Dass der Stadtrat von sich aus über die Eigentümerstrategie informiert ist ja schön und nett. Aber warum gerade erst einen Monat vor der heutigen Beschlussfassung?

Es ist festgeschrieben, dass dem Gemeinderat der Geschäftsbericht der Energie Uster zur Kenntnisnahme vorgelegt wird. Warum soll nicht dasselbe Recht in Bezug auf die Eigentümerstrategie verbrieft werden? Warum macht der Stadtrat hier ein solches Theater und wehrt sich mit Händen und Füssen! Zumal der Stadtrat ja offenbar dazu bereit ist, zu informieren.

Kurz, die Haltung des Stadtrates ist nicht nachvollziehbar. Und die Antwort auf die Motion absolut ungenügend. Wir Grünen lehnen daher den Antrag des Stadtrates ab. Wir unterstützen weiterhin die Motion und beantragen, dass der Stadtrat die Motion vollständig beantwortet!

Thomas Wüthrich

Gemeinderat, Grüne Fraktion

Stadtrat Cla Famos führt aus, dass die Energie Uster AG sehr gute Arbeit leitet, was der Geschäftsbericht zeigt. Sie legt ihre Kennzahlen vor und ist ein vorbildliches Unternehmen auch bei den erneuerbaren Energien. Sie ist besser aufgestellt als die Elektrizitätswerke der Stadt Zürich. Die Eigentümerstrategie die der Stadtrat als Vertreter des Aktionariates verfolgt, wird regelmässig erstellt und dem Gemeinderat zur Kenntnis gebracht. Es gibt daher keine Geheimniskrämerei. Seit der Abstimmung über die Gesellschaftsform vor gut 10 Jahren hat sich der Status quo bewährt und muss aus Sicht des Stadtrates nicht geändert werden. Der Aufwand für eine Revision der Gemeindeordnung ist zudem recht gross und der Stadtrat plädiert darauf, auf diese aufwendige Übung zu verzichten. „Never change a winning team.“

Thomas Wüthrich ergreift nochmals das Wort. Er stört sich an der dauernden Vermischung von Argumenten. Es geht heute überhaupt nicht um die Energie Uster AG und deren Leistung als solches. Es geht um den Einfluss des Stadtrates. Der Gemeinderat fühlt sich in der Lage etwas sagen zu dürfen, und zwar genau so wie der Stadtrat. Es geht um Mitbestimmungsrechte. Es gibt kein verbrieftes „Status quo“. Er verweist auf das Parkplatzmanagement.

Jürg Gösken führt aus, dass sich der Stadtrat stets als Musterschüler sieht. Besser wäre: „Tue Gutes und rede darüber“.

Stadtrat Cla Famos ergreift nochmals das Wort. „Tue Gutes und rede darüber“, das macht ja der Stadtrat und die Energie Uster AG gerade. Auffallend bei dieser Diskussion ist, dass über die Eigentümerstrategie inhaltlich nichts gesagt wird. Die Energie Uster AG ist im Strommarkt tätig und muss sich in diesem behaupten. Es stehen grosse Herausforderungen an wie Investitionen usw. Das Volk hat im Jahre 2001 eine gute Lösung verabschiedet. Eine Verpolitisierung wie bei den Energiewerken der Stadt Zürich ist nicht erwünscht.

Marius Weder präzisiert, dass es bei der Eigentümerstrategie nicht um inhaltliche Fragen geht sondern um formelle, insbesondere um Zuständigkeiten.

Keine weiteren Wortmeldungen mehr erwünscht.

Abstimmung:

Der Gemeinderat beschliesst

mit 15 : 17 Stimmen

Der Bericht und Antrag des Stadtrates wird abgelehnt und die Motion wird erheblich erklärt.

8 Bericht und Antrag des Stadtrates auf die Motion 592 von Cla Famos und Hans Keel betreffend «Sinnvolle Parkierungsverordnung für Uster»

Für die Motionäre referiert **Hans Keel**.

Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Anwesende

Einmal mehr geht es um einen Meilenstein für eine Parkverordnung oder wie es in Uster heisst für eine „Verordnung über das gebührenpflichtige Parkieren auf öffentlichem Grund“. Schon der Name lässt nichts Gutes erahnen.

Die vorliegende Motion hat einige Diskussionen und viel Papier hervorgerufen. Es macht den Anschein, dass alle Spezialisten sind in Sachen ruhender Verkehr und wissen wie dieser in Uster funktioniert oder zu funktionieren hat.

Wir möchten einfach festhalten, dass es uns um eine Verordnung geht, die als Grundlage das Strassenverkehrsgesetz hat und nicht eine Leistungsmotion, die das Verursacherprinzip will.

Die Grundlage der heutigen VgP ist die Leistungsmotion von Herr Benno Scherrer. Sie verlangt, dass alle öffentlichen Parkplätze aktiv bewirtschaftet werden. Die Nutzung des öffentlichen Grundes zum Abstellen eines Motorfahrzeuges soll überall kostenpflichtig sein. Es geht also nicht um die Regelung des Verkehrs sondern ums Geld der Autofahrer.

Warum sind wir gegen das Verursacherprinzip? Der Motorisierte individuelle Verkehr deckt seinen Aufwand, er finanziert auch den langsam Verkehr und teilweise den öffentlichen Verkehr.

Die Ustermer Stimmbürger zahlen Steuern, aus denen auch für Strassen und Parkplätze Geld aufgewendet wird. Unter diesen Steuerzahlern hat es solche die mit ihrem Motorfahrzeug die Infrastruktur benutzen. Diese Infrastruktur wird aber auch von Velofahrern und dem öffentlichen Verkehr benutzt, ohne dass für diese das Verursacherprinzip gilt.

Wir sind uns alle einig, dass es eine Verordnung braucht. Unbestritten ist der Bereich Nachtparkieren und die Gebührenerhebung im Zentrum.

Wir wollen, dass für die Bewirtschaftung der öffentlichen Parkplätze in der Parkierungszone I die flächendeckende Bewirtschaftung weg fällt.

Die 11 Parkzonen sollen entsprechend dem Verkehr und dem Bedürfnis der Anwohner bewirtschaftet werden. Welche Art gewählt wird, sollen die Fachleute der Abteilung Sicherheit, die den Verkehr kennen festlegen.

Bei der Bewirtschaftung der 12 Parkplätze (einzelne grössere Parkfelder), sind aus Gründen der Gleichbehandlung für alle Plätze die gleichen Bedingungen anzustreben.

Allgemein erwarten wir, dass bei der Bewirtschaftung der öffentlichen Parkplätze nebst dem Verkehrsaufkommen oder der Belastung von Gebieten, immer das öffentliche Interesse und die Wirtschaftlichkeit berücksichtigt werden muss.

Die neue Verordnung soll erlauben, dass Anpassungen möglich sind.

Dort wo heute keine Probleme mit den abgestellten Fahrzeugen bestehen, kann das morgen ändern und Anpassungen erfordern.

Wir hoffen sehr, dass heute die Motion für erheblich erklärt wird, sie dem Stadtrat den Auftrag erteilen eine neue Verordnung auszuarbeiten. Die Rahmenbedingungen sind bekannt.

Sollte es heute nicht möglich sein eine Mehrheit zu finden, kommt die Initiative zum Tragen. Wir werden uns einsetzen, dass die von uns geforderten Grundlagen und Rahmenbedingungen durchgesetzt werden.

Die Ustermer Stimmbürger werden sich zwar wundern wenn sie schon wieder wegen der Parkplatzfrage abstimmen müssen.

Wir werden den Ustermer Stimmbürger ausführlich erklären, warum man in Uster einen Volksentscheid nicht ernst nimmt.

Die SVP/EDU Fraktion wird den Antrag des SR unterstützen.

Ich danke ihnen für die Aufmerksamkeit.

Hans Keel, SVP

Richard Sägesser

Sehr geehrter Herr Gemeinderatspräsident

Geschätzte Anwesende

Bei der öffentlichen Parkierung liegt die gelebte Realität in Uster heute weit weg von den rechtlichen Vorgaben. Und die Wahrscheinlichkeit, dass sich die Realität in absehbarer Zeit den geltenden Vorschriften – also der VgP - annähern wird, ist sehr gering. Der Grundsatz der flächendeckenden Bewirtschaftung ist unverhältnismässig und entspricht keinem öffentlichen Interesse. Sowohl das Referendum gegen den Kredit als auch die Volksinitiative haben sehr gute Chancen, von der Bevölkerung angenommen zu werden. Die Volksabstimmung vom 27. November 2011 gegen die vormalige VgP bestätigt uns in dieser Annahme.

Die heutige VgP ist somit toter Buchstabe und hat keine realistische Aussicht, von der Bevölkerung wachgeküsst zu werden. Die Stadt Uster hat also eine Parkierungsverordnung, die sie nicht umsetzen kann. Mit diesem Zustand kann niemand in diesem Saal zufrieden sein.

In dieser Situation zeigt uns nun der Stadtrat einen Weg auf zu einer umsetzbaren und vernünftigen Parkierungsregelung, einen einfachen Weg, der ohne Volksabstimmungen auskommt. Die vom Stadtrat skizzierten Rahmenbedingungen für eine neue VgP richten sich nach dem realen Handlungsbedarf und nicht nach ideologischen Vorstellungen: Gebührenpflicht im Zentrum, auf Grossparkplätzen bzw. bei Parkplätzen mit viel Publikumsverkehr, blaue Zonen in Quartieren zum Schutz der Anwohner sowie gebührenfreie Parkplätze im übrigen Stadtgebiet. Die skizzierte Regelung setzt somit dort an, wo wirklich Handlungsbedarf und ein öffentliches Interesse an einer Bewirtschaftung bestehen. Die übrigen Quartiere, wo diese Voraussetzungen nicht erfüllt sind, sollen dafür in Ruhe gelassen werden.

Wir alle müssen ein Interesse haben, diesen Weg zu gehen. Mit der Erheblicherklärung der Motion ist es aber noch nicht getan. Wer hier A sagt, muss auch noch B, C und D sagen. Wird die Motion erheblich erklärt, so steht der Kreditbeschluss vom 20. Januar 2014 dazu im offenen Widerspruch. Er wäre somit als nächstes zwingend wiedererwägungsweise aufzuheben. Dafür ist der Gemeinderat auf einen Antrag des Stadtrats angewiesen, weil ein entsprechender Antrag nicht in seiner Zuständigkeit liegt. Die FDP erwartet vom Stadtrat möglichst rasch einen entsprechenden Antrag. C ist dann der Erlass der neuen VgP und D wäre ein neuer Umsetzungskredit. Erst dann, mit ihrer Umsetzung ist die VgP geboren, die gesamte – zugegebenermassen lange – Vorgeschichte waren nur die Wehen.

Wer nun sagt, dass es hier angesichts der Vorgeschichte nicht mehr um A, B, D oder D geht, sondern schon um J, K, L und M, mag Recht haben. Wir wollen nicht um einzelne Buchstaben diskutieren. Wichtig ist einzig, dass wir nicht bis Z gehen müssen, um zu einer umsetzbaren, verhältnismässigen Parkierungsregelung zu gelangen.

Namens der FDP-Fraktion bitte ich Sie, dem Antrag des Stadtrats zuzustimmen.

Für die FDP-Fraktion:

Richard Sägesser, Gemeinderat

Markus Wanner

Wir haben keine grosse Lust, über diese Motion zu debattieren. Trotzdem äussern wir uns dazu, da einiges klar gestellt werden muss.

Erinnern wir uns:

- *2009: Leistungsmotion flächendeckende Parkraumbewirtschaftung wird vom Gemeinderat erheblich erklärt.*
- *2011: Der Gemeinderat beschliesst die 1. Verordnung über das gebührenpflichtige Parkieren.*
- *Gegen diesen Beschluss wird das Behördenreferendum ergriffen, die Bevölkerung lehnt die 1. Verordnung ab.*
- *In enger Zusammenarbeit mit dem Präsidenten des Referendumskomitee und heutigen Motionär Hans Keel sowie dem Initianten der Leistungsmotion wird die Verordnung überarbeitet.*
- *2013: Der Gemeinderat beschliesst die 2. Verordnung über das gebührenpflichtige Parkieren. Das Referendumskomitee ist mit der neuen Verordnung zufrieden. Zitat aus dem Gemeinderatsprotokoll: „Hans Keel: Wir betrachten die Verordnung als konsensfähige Lösung. Die Abteilung Sicherheit hat aus unserer Sicht eine Verordnung geschaffen die dem Recht entspricht, die **vernünftig** ist und dafür möchten wir uns bedanken“. Ein weiteres Zitat aus der gleichen Sitzung von Cla Famos: „Und deshalb ist für uns klar, dass wir diesen Kompromiss (Verordnung) nun ohne Wenn und Aber unterstützen“. Zwei Wörter scheinen mir wichtig aus den Zitaten: „eine vernünftige Verordnung“, und „dass die Verordnung ohne Wenn und Aber unterstützt wird“.*
- *2013: Der Stadtrat beschliesst die Ausführungsbestimmungen zur Verordnung. Es wurde kein Rekurs erhoben.*
- *2014, Wahlkampf: Der Gemeinderat gibt einen Kredit zur Umsetzung der Verordnung frei. Gegen diesen Kreditbeschluss wird ein Behördenreferendum ergriffen. Notabene durch die gleiche Person, welche das 1. Behördenreferendum ergriffen hat.*

- *2014, Wahlkampf: Cla Famos und Hans Keel reichen die Motion ein betr. sinnvolle Parkierungsverordnung. Das 1 Jahr nach ihren Aussagen, die Verordnung sei vernünftig, und man unterstütze sie ohne Wenn und Aber.*

Fakt ist: Wir haben eine gültige Parkierungsverordnung. Diese ist vom Gemeinderat verabschiedet, das Referendumskomitee war mit dieser Verordnung einverstanden. Es bestand ein breiter Konsens für die 2. Verordnung. Das zeigen ja auch die beiden vorherigen Zitate.

Während dem laufenden Verfahren werden nun im allerletzten Moment die Spielregeln geändert. Plötzlich ist man mit der Verordnung nicht mehr einverstanden. Obwohl Verordnung und Ausführungsbestimmungen rechtskräftig sind, will man wieder von vorne beginnen. Man nimmt bewusst in Kauf, dass mit diesem Verfahren der Stadt Einnahmen in Millionenhöhe entgehen. Man nimmt bewusst in Kauf, dass mit dem Behördenreferendum und der Initiative u.U. nochmals zwei Mal über dieses Thema abgestimmt werden muss.

Es wäre auch anders gegangen. Z.B. mit einem Postulat zur Überprüfung der Ausführungsbestimmungen. Aber das wollte man nicht.

Ein solch unsinniges Vorgehen können wir nicht unterstützen. Wir werden die Motion deshalb nicht als erheblich erklären.

Ursula Räuftlin

*Sehr geehrter Herr Präsident,
geschätzte Ratskolleginnen und Ratskollegen
geschätzte Anwesende*

Es ist wohl unbestritten, dass im Zentrum der Parkdruck gross ist und deshalb in der so genannten Parkierungszone II Gebühren erhoben werden müssen. Im übrigen Gemeindegebiet muss aber gemäss der aktuell gültigen VgP ein öffentliches Interesse vorhanden sein. Diese Beurteilung ist in der VgP dem Stadtrat übertragen. Wieso sollen wir Gemeinderäte hier überhaupt eingreifen? Es erscheint der Mehrheit unserer Fraktion deshalb nicht notwendig, eine Motion zu unterstützen, die im Grunde gar nichts anderes fordert, als in der aktuellen VgP bereits geregelt ist.

Das Ziel dieser Motion ist ja, die ursprüngliche Leistungsmotion von Benno Scherrer aufzuheben. Wir sind klar der Ansicht, dass das Wort flächendeckend weiterhin im Leistungsauftrag der Stadt enthalten sein sollte. Mit der flächendeckenden Erhebung der Nachtparkgebühr kommt die Stadt diesem Anliegen ja sogar bereits nach. Eine flächendeckende Parkgebühr tagsüber ist aus unserer Sicht nicht überall von öffentlichem Interesse und auch nicht wirtschaftlich. Hingegen soll auf die Nachtparkgebühr nicht verzichtet werden, da ja die Anwohner ihre Autos in erster Linie auf privaten Parkplätzen, für die sie ja in der Regel auch bezahlen müssen, abstellen sollen.

Die Motion bringt gegenüber der heute geltenden Situation nichts wirklich neues, sondern erzeugt neuen unnötigen Verwaltungsaufwand für die Erarbeitung einer neuen Verordnung. Hingegen sähen wir in der Überarbeitung der VgP aber auch eine Chance zur Vereinfachung: Heute sind die Preise in der VgP enthalten. Bei einer anstehenden Überarbeitung der Verordnung sollen keine Preise mehr in der Verordnung festgehalten sein. Die Preisgestaltung ist Sache des Stadtrates und soll bei Bedarf angepasst werden können, ohne jedes Mal die ganze Verordnung durch den GR anpassen lassen zu müssen. Genauso wie es heute schon in der Kompetenz des Stadtrates liegt, aufgrund von erhöhtem Parkdruck die Entscheidung zu fällen, weitere Strassenzüge aktiv zu bewirtschaften. Es kann nicht sein, dass wir hier im Gemeinderatssaal über Belange diskutieren, die eigentlich in der Entscheidungskompetenz des Stadtrates liegen würden.

*Aus unserer Sicht wäre das sinnvollste Vorgehen mit all diesen Vorstössen, die **heutige VgP**, die ja bereits einen Kompromiss darstellt, beizubehalten und den **Umsetzungskredit, den der Stadtrat im Januar beantragt hatte, in Wiedererwägung zu ziehen und zu kürzen und damit in***

einigen Zonen auf Parkgebühren zu verzichten. Anschliessend könnte das Initiativkomitee seine Initiative zurückziehen.

Wir werden die Motion deshalb aus all den dargelegten Gründen nicht als erheblich erklären und den vorliegenden Antrag des Stadtrates mehrheitlich ablehnen.

Als Mitarbeiterin der Abteilung Sicherheit werde ich mich der Stimme enthalten.

*Ursula Räuftlin
Gemeinderätin Grünliberale*

Patricio Frei

*Sehr geehrter Herr Präsident
Liebe Kolleginnen und Kollegen
Geschätzte Anwesende*

Für Kopfhörer gibt es eine Gesetzmässigkeit: Wenn man sie aus der Jackentasche nimmt, ist das Kabel ein riesiges Durcheinander. Es braucht einen Moment Zeit, um jeweils wieder Ordnung rein zu bringen.

Die gleiche Gesetzmässigkeit scheint auch für Usters Parkierungsverordnung zu gelten. Mit drei hängigen Vorstössen (Behördenreferendum, Motion, Initiative) und zwei drohenden Volksabstimmungen ist die Situation ähnlich verworren wie beim Kabelsalat. Und auch hier ist offenbar etwas Geduld und Zeit nötig, um die Verwirrung zu lösen.

Und tatsächlich: Nach zahlreichen Gesprächen mit Vertreterinnen und Vertretern anderer Fraktionen habe ich in den vergangenen Wochen den Eindruck gewonnen, dass eine Lösung greifbar ist. Denn in den Grundzügen scheinen die Fraktionen sich auf einen Kompromiss einigen zu können:

- Nachtparkgebühr*
- aktive Bewirtschaftung tagsüber im Zentrum und im „Spezialgebiet Spital“ sowie*
- keine zwei Stunden gratis Parkieren beim Buchholz und auf anderen öffentlichen Parkfeldern.*

Trotz aller Einigkeit zwischen den Fraktionen gibt es einen unüberwindbaren Knackpunkt: Die Bürgerlichen wollen unbedingt den Begriff „flächendeckende Bewirtschaftung“ aus der Verordnung draussen haben, wir Grüne aber wollen daran festhalten. Letztlich ist es eine Frage der Interpretation: Mit der „Nachtparkgebührenpflicht“ werden Usters Parkplätze schon heute „flächendeckend bewirtschaftet“ – und dies wird auch in Zukunft so bleiben, denn diese Pflicht ist bei allen Fraktionen unbestritten.

Mit anderen Worten: Das Ziel ist eigentlich allen klar, bloss beim Weg dorthin herrscht noch die grosse Verwirrung.

Wir Grünen lehnen die Motion ab.

*Patricio Frei
Fraktionspräsident Grüne*

Hans Keel ergreift nochmals das Wort. Er führt aus, dass seine Fraktion nicht möchte, dass an jedem kleinen Strässchen eine Gebühr erhoben wird, das ist unvernünftig. Er kündigt an, dass eine Behördeninitiative lanciert wird, falls die Motion nicht als erheblich erklärt wird.

Stadtrat Jean-François Rossier erinnert daran, dass zur Zeit drei politische Vorstösse zum Thema hängig sind. Er befürchtet zudem, dass es zu zwei Volksabstimmungen kommen wird. An die Adresse der FDP sagt er, dass der Stadtrat nicht auf einen Kreditentscheid des Gemeinderates zurückkommen kann, das ist Sache des Rates. Weiter erinnert er daran, dass es nicht geht, wenn in der Verordnung von „flächendeckend“ die Rede ist, in den Ausführungsbestimmungen nur ein wenig davon umzusetzen. Der Stadtrat hat in seinem Bericht einen gangbaren Weg aufzeigen wollen. Aber die Meinungen sind ja gemacht im Rat.

Keine weiteren Wortmeldungen mehr erwünscht.

Abstimmung:

Der Gemeinderat beschliesst

mit 18 : 15 Stimmen

Der Bericht und Antrag des Stadtrates wird zugestimmt und die Motion als erheblich erklärt.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass die Geschäftsleitung des Gemeinderates einen Antrag an den Gemeinderat ausarbeiten wird betreffend „Wiedererwägung Kreditbeschluss Umsetzung der VGP“.

9 Bericht und Antrag des Stadtrates auf das Postulat 600 von Silvio Foiera und Hilda Schelldorfer betreffend «Einsatz von Wasserstoff getriebenen Personenbussen und Kommunalfahrzeugen»

Für die Postulanten referiert **Hilda Schelldorfer**.

*Sehr geehrter Herr Ratspräsident
Sehr geehrte Ratskolleginnen und –Kollegen*

Für die ausführlichen, umfassenden und sehr sachkundigen Stellungnahmen vom 1. Oktober 2014 auf 4 Seiten möchten wir uns beim Stadtrat, den Verkehrsbetrieben Zürcher Oberland und der Energie Uster AG bedanken.

Wir stellen jedoch etwas irritiert fest, dass die Anfrage seitens der VZO, mehrheitlich bezüglich einem Wasserstoff-Verbrennungsmotor beantwortet wurde, obwohl die eigentliche Fragestellung des Postulats explizit nach einer Beteiligung an Projekten mit H₂-Brennstoffzellen-Bussen lautete, auf welche nur in einem Schlusssatz eingegangen wurde.

Wir bedauern auch, dass die Beantwortung nach dem Einsatz von Kommunalfahrzeugen (im Postulat erwähnt, Kehmaschine des Typs Bucher CityCat 2020 H₂) offenbar missverstanden, und stattdessen für Motorfahrzeuge der Stadtverwaltung beantwortet wurde. Mit dem Markteintritt asiatischer Hersteller ab 2015, sowie deutscher Hersteller ab 2017 könnten sich jedoch auch hier neue Impulse ergeben, den Stadtratsbeschluss von 2005 zu überdenken und allenfalls aktuelle technische Entwicklungen zu berücksichtigen.

Wir danken dem Stadtrat jedoch für die wohlwollende Beantwortung des Postulates und werden weitere Entwicklungen auf dem Gebiet interessiert weiter verfolgen, da wir überzeugt sind, dass Stadt und Region Uster ideale Grösse und Voraussetzungen für Projekte in Zusammenarbeit mit Industrie und/oder Bildungseinrichtungen bieten kann. Im Hinblick auf die nationale Energiestrategie 2050 dürften in naher Zukunft weitere Entwicklungen und Pilotprojekte anstehen, bei denen die Stadt Uster allenfalls als Plattform dienen und so auch Impulse für lokale und regionale Wirtschaft setzen könnte.

Besten Dank.

Rudolf Locher

Die Antwort zur 1. Frage: Es seien die VZO für den Betrieb zuständig. Diese erklären, dass aktuell der Wirkungsgrad tiefer als bei Dieselantrieb sei. Tests laufen keine. Uster muss also warten.

Antwort zu Frage 2.

Es seien Anreize zu prüfen, dass zu Lasten Stadt Uster solche Flottenfahrzeuge zirkulieren, ist schon eher abenteuerlich und höchstwahrscheinlich und nur mittels Sondergenehmigungen, Vignetten, Zuschläge für Auswärtige umzusetzen. Solche Verfahren erinnern an mittelalterliche Wegezölle.

Antwort zu Frage 3:

Dass noch keine Wasserstoff-Busse und auch keine Kommunalfahrzeuge zur Verfügung stehen ist bekannt, deshalb kann es auch keine Option geben. Solche Fragen müssten sachgemäss doch eher der ETH oder der Universität gestellt werden, aber nicht dem Stadtrat von Uster.

Zur Antwort zu Frage 4:

Der finanzielle Betriebsaufwand würde 10-20% steigen. Investitions- und Einführungskosten nicht eingerechnet. Schon die dreifach teureren Busse lassen den hohen finanziellen Aufwand erahnen.

Zu Frage 5:

Ustermer sollen privat mit Wasserstoffautos fahren, um den öffentlichen Verkehr ihrerseits zu subventionieren, dies nur Ustermer-Autofahrer, Auswärtige zahlen nichts.

Zum Fazit:

Die öffentlichen Verkehrsbetriebe sind auf permanente Spitzenkapazitäten, also auf Höchstenergieverbrauch, ausgelegt, warten will niemand, die ausgedienten Busse werden im Ausland noch über viele Jahre weiterbetrieben. Die öffentliche Hand will wasserstoffbetriebene Fahrzeuge subventionieren, die Industrie- und das Gewerbe haben für Ihre Elektro-Maschinen und Apparate Zuschläge zu bezahlen. Einige meinen, das sei Wirtschaftsförderung. Die heimische Produktion wird abwandern, nämlich dorthin, wo unsere alten Busse fahren, ins billige Ausland. Diese Idee jetzt noch nicht durchdacht und so in der Summe auch nicht energieeffizient.

Wir unterstützen den stadträtlichen Antrag, stimmen dem Bericht zu und schreiben das Postulat ab.

Für die FDP-Fraktion Rudolf Locher

Meret Schneider

*Sehr geehrter Herr Präsident
Geschätzte Anwesende*

Wir Grünen halten den Antrag für etwas mutlos. Dass Wasserstoff-Verbrennungsmotoren aufgrund des geringen Wirkungsgrades nicht ideal sind, möchten wir nicht in Frage stellen. Die Argumente jedoch, die gegen die effizientere Technologie der Brennstoffzellen-Busse sprechen, scheinen einmal mehr Ausdruck der üblichen, wenig avantgardistischen Energiepolitik von Uster zu sein.

Obwohl Brennstoffzellen-Busse einen guten Wirkungsgrad aufweisen, gute Leistung erbringen und wesentlich ökologischer im Betrieb sind als Diesibusse, soll auf eine Beteiligung an Projekten verzichtet werden – dies notabene von einer Stadt, die sich mit dem Label „Energierstadt“ schmückt.

Dass es noch keine in Serie gefertigten Fahrzeuge gibt, entspricht nicht dem neuesten Stand der Entwicklung: Die EvoBus GmbH bezeichnet sich zumindest selber als „weltweit erste Hersteller eines in Serie gefertigten Brennstoffzellen-Busses“. Projekte wie CUTE, Clean Urban Transit for Europe, existieren ebenfalls: 9 Städte aus 7 Ländern sind bereits daran beteiligt. Ein konkretes Erfolgsbeispiel gibt die neue Wasserstoff-Brennstoffzellenbus-Linie der Stuttgarter Strassenbahnen, abgekürzt witzigerweise SBB, sie lässt bisher nichts zu wünschen übrig.

Woran also scheitert die Beteiligung an einem Projekt also tatsächlich? Es ist, wie so oft, das liebe Geld. Natürlich ist die Infrastruktur kapitalintensiv und, wie im Bericht vermerkt „ökonomisch nicht unerheblich“. Doch es wäre auch eine Investition in eine zukunftsweisende Technologie.

Warum immer erst ökologisch Umrüsten, wenn es alle bereits getan haben? Warum nicht einmal als Pionierin Voranschreiten? Ich hoffe sehr, dass die Stadt Uster diesen Anlass nutzen wird, ihrem Energierstadt-Label nicht nur halbwegs gerecht zu werden, sondern ihm alle Ehre zu machen.

Aus diesen Gründen stimmen die Grünen dem Antrag nicht zu und empfehlen Ihnen, dies ebenfalls zu tun.

*Meret Schneider
Gemeinderätin Grüne*

Keine weiteren Wortmeldungen mehr erwünscht.

Abstimmung:

Der Gemeinderat beschliesst

mit 31 : 3 Stimmen

Dem Bericht und Antrag des Stadtrates wird zugestimmt und das Postulat ist damit erledigt.

Die nächste Sitzung des Gemeinderates findet am 1. Dezember 2014 statt.

Schluss der Sitzung 21.15 Uhr

Für das Protokoll Die Parlamentssekretärin
Catherine Wenzel

Die Richtigkeit und Vollständigkeit
des Protokolls bezeugen

Datum Der Präsident
Walter Meier

Datum Die Stimmenzähler

Marianne Siegrist

Kathrin Agosti

Bruno Modolo